



Jahresbericht 2020

Annual Report 2020



Europäische Bausparkassenvereinigung
European Federation of Building Societies



Inhaltsverzeichnis/Contents



2	Vorwort
5	Positionierungen
8	Öffentlichkeitsarbeit
10	Wohnwirtschaftliche Entwicklungen in Europa
18	Unser Finanzmarkt im Dienst der Zukunft Europas
20	EuGH-Bericht 2020
27	Jahreschronologie 2020
70	Personalien der Vereinigung
71	Personalien der Ausschüsse
72	Anhang



36	Foreword
39	Positions
42	Public relations work
44	Housing sector trends in Europe
52	Our financial market: serving the future of Europe
54	Court of Justice in 2020
60	2020: the Year in Review
70	Officers of the Federation
71	Officers of the Committees
72	Appendix



Prioritäten der Europäischen Kommission im Bereich Finanzdienstleistungen

Für die Bürger und die Unternehmen in der EU war es aufgrund der COVID-19-Pandemie ein schwieriges Jahr.

Der Finanzsektor hat sich während der Krise als widerstandsfähig erwiesen, nicht zuletzt dank der Reformen, die nach der globalen Finanzkrise durchgeführt wurden. Die Banken waren Teil der Lösung, indem sie Zahlungsmoratorien anboten und mit Unterstützung der öffentlichen Hand Kredite für Haushalte und Unternehmen bereitstellten.

Während meiner Amtszeit als Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und die Kapitalmarktunion möchte ich in den nächsten vier Jahren diese Widerstandsfähigkeit stärken, dem Bankensektor helfen, die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, und eine Reihe von Reformen vorantreiben, damit unser Aufschwung in eine grünere und digitalere Zukunft führt.

Die COVID-19-Krise

Die Europäische Kommission hat schnell auf die COVID-19-Krise reagiert. Im Bereich der Finanzdienstleistungen verabschiedete die Kommission im April 2020 gezielte Anpassungen bei aufsichtsrechtlichen Regelungen, die den Banken die nötige Flexibilität bieten, weiterhin Kredite an betroffene Unternehmen und Haushalte vergeben zu können. Im Juli 2020 wurde das Kapitalmarkt-Erholungspaket veröffentlicht, das es den Kapitalmärkten erleichtert, europäische Unternehmen bei der Erholung zu unterstützen.

Wir wollen, dass der Finanzsektor in der Lage ist, die wirtschaftliche Erholung zu finanzieren. Die Bilanzen der Banken müssen robust bleiben, um weiterhin Kredite an die Realwirtschaft vergeben zu können. Jedoch waren die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie, insbesondere in bestimmten Sektoren, enorm. Die EZB hat davor gewarnt, dass sich die Qualität der Aktiva der Banken deutlich verschlechtern könnte. Wir könnten einen deutlichen Anstieg der notleidenden Kredite sehen, der die Bilanzen der Banken beeinträchtigen, das Kreditwachstum dämpfen und die Erholung verzögern würde.

Wir haben uns auf die Möglichkeit eines Anstiegs der NPLs in unserem jüngsten NPL-Aktionsplan vorbereitet.

Das primäre Ziel ist die Verbesserung der Sekundärmärkte für notleidende Aktiva, um den Banken die Möglichkeit zu geben, ihre NPLs aus den Bilanzen zu verlagern und gleichzeitig den Verbraucherschutz zu wahren.

Zweitens wollen wir die Effizienz der Insolvenzregelungen in der EU verbessern.

Der dritte Bereich betrifft nationale Asset Management-Gesellschaften (AMCs). Die Erfahrung in mehreren Ländern nach der letzten Finanzkrise hat gezeigt, dass diese spezialisierten Vehikel NPLs effektiv aus den Bankbilanzen entfernen können. Es bleibt eine Entscheidung für jeden Mitgliedstaat, ob er eine eigene AMC einrichten möchte; die Kommission ist jedoch bereit, jederzeit Unterstützung zu leisten.

Im vierten Bereich geht es um die Einführung von vorsorglichen öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen. Die vorsorgliche Rekapitalisierung von Banken mit einem tragfähigen Geschäftsmodell kann, wenn nötig, sicherstellen, dass die Banken weiterhin Kredite vergeben können.

Bankenunion

Die Pandemie hat uns daran erinnert, wie wichtig es ist, die laufenden großen Strukturreformen abzuschließen, und sie ist ein Weckruf dafür, dass die Bankenunion noch immer unvollständig ist.

In der Kommission überarbeiten wir den Rahmen für das Krisenmanagement und die Einlagensicherung für Banken. Auch die technischen Arbeiten am europäischen Einlagensicherungssystem (EDIS) sind im Gange. Die Kommission ist nach wie vor davon überzeugt, dass ein ehrgeiziges EDIS-Konzept mit gemeinschaftlicher Verlustdeckung erforderlich ist. Ein sogenanntes „hybrides“ Modell, das auf der Koexistenz von nationalen Einlagensicherungssystemen mit einem gemeinsamen zentralen Fonds basiert, hat sich als möglicher erster Schritt in Richtung dieses Ziels herauskristallisiert.

Basel III

Unsere Verpflichtung, die Reformen des Basler Ausschusses zur aufsichtsrechtlichen Regulierung getreu umzusetzen, hat sich trotz der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Verzögerung nicht geändert, und wir bereiten einen Gesetzesvorschlag vor. Die in den endgültigen Basel-III-Regeln angesprochenen Themen bleiben so relevant wie eh und je, insbesondere die Zweifel an der Zuverlässigkeit bestimmter interner Modelle.

Gleichzeitig werden wir die Besonderheiten des EU-Bankensektors sowie die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die finanzielle Situation der Banken berücksichtigen. Der Bankensektor hat eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Krise gespielt, und wir müssen darauf achten, dass seine Fähigkeit, die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, nicht untergraben wird.

Kapitalmarktunion

Neben der Stärkung des europäischen Bankensektors werden wir unsere Bemühungen zum Aufbau der Kapitalmarktunion fortsetzen – eine Aufgabe, die aufgrund der Pandemie nur noch dringlicher geworden ist.

Angesichts der steigenden Unternehmensverschuldung müssen Unternehmen Eigenkapital und andere Kapitalmarktinstrumente nutzen, um ihre Finanzstruktur zu stützen. Kapitalmarktinstrumente können auch eine wichtige Finanzierungsquelle für langfristige Investitionen sein, beispielsweise für eine nachhaltigere und digitalere Wirtschaft. Darüber hinaus bieten breite, liquide Kapitalmärkte ein wirksames alternatives Instrument zur Ergänzung der Bankfinanzierung und zur Abschwächung der negativen Auswirkungen eines wirtschaftlichen Abschwungs.

Unser im September 2020 verabschiedeter Aktionsplan zielt daher auf folgende Punkte ab:

- Unterstützung einer umweltfreundlichen, digitalen, integrativen und belastbaren Erholung durch einen besseren Kapitalmarktzugang für europäische Unternehmen, einschließlich KMUs;
- Einzelpersonen einen besseren Zugang zu langfristigen Investitionsmöglichkeiten ermöglichen;
- Weitere Integration der nationalen Kapitalmärkte in einen echten Binnenmarkt.

Finanzdienstleistungen für Privatkunden

Im Bereich der Finanzdienstleistungen für Privatkunden wollen wir wettbewerbsfähige und qualitativ hochwertige Dienstleistungen für Verbraucher und KMUs unter Beibehaltung eines hohen Verbraucherschutzes.

Wir werden 2022 eine Anlagestrategie für Privatkunden vorstellen, mit der sichergestellt werden soll, dass die Verbraucher von den Kapitalmärkten profitieren können, insbesondere wenn sie für den Ruhestand sparen.

Die Kommission wird auch die bestehenden Verbraucherschutzgesetze überprüfen, insbesondere die Richtlinie über Zahlungskonten und die Richtlinie über Hypothekarkredite. Wir planen, gegen Ende des Jahres 2021 eine Überprüfung der Richtlinie über Zahlungsdienste (PSD2) einzulei-

ten, um festzustellen, ob die bestehende Regelung für Zahlungen weiterhin relevant und wirksam ist.

Und schließlich bin ich bestrebt, die Finanzkompetenz zu fördern, damit die Bürger, insbesondere junge Menschen, ihre Finanzen besser verwalten und in ihre Zukunft investieren können. Die Kommission wird gemeinsam mit der OECD die Entwicklung eines Finanzkompetenzrahmens prüfen.

Digitale Finanzen

Technologie erweitert für viele unserer Bürger und Unternehmen den Zugang zu Finanzprodukten und bringt Chancen und Risiken mit sich. Dies wurde durch die Pandemie beschleunigt.

Wir wollen die digitale Transformation des Finanzsektors unterstützen, sicherstellen, dass die Regulierung für das digitale Zeitalter geeignet ist, die Fragmentierung im Binnenmarkt bekämpfen und gleichzeitig ein hohes Maß an Verbraucherschutz gewährleisten. Aus diesem Grund haben wir im vergangenen Jahr ein umfassendes Paket für digitale Finanzen verabschiedet.

Es enthält zwei Legislativvorschläge zur Regulierung von Krypto-Assets und zur digitalen operativen Widerstandsfähigkeit von Finanzmarktteilnehmern, um das Risiko von Cyber-Angriffen zu vermeiden.

Nachhaltige Finanzierung

Neben dem digitalen Übergang ist auch der grüne Übergang zu beachten. Kapital muss in Richtung Nachhaltigkeit fließen, wenn wir die Ziele des europäischen Green Deals erreichen und dabei grüne Arbeitsplätze und Wachstum fördern wollen. Die EU-Taxonomie wird eine wichtige Rolle spielen. Sie ist ein Instrument, das die grünen Ziele der EU in Kriterien für Investitionszwecke umsetzt.

Die Kommission bereitet derzeit eine neue sustainable finance-Strategie vor, bei der die Übergangsfinanzierung von zentraler Bedeutung sein wird. Wir werden hervorheben, wie der Rahmen für nachhaltige Finanzen eine integrative Finanzierung für alle investierenden Unternehmen ermöglichen kann, um ihre Umweltauswirkungen zu verbessern und Unternehmen bei ihrem Übergang zur Nachhaltigkeit zu unterstützen.

Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich

Schließlich wird 2021 ein wichtiges Jahr für die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit sein. Die Marktteilnehmer werden sich weiterhin auf die neue Realität einstellen, da das Vereinigte Königreich jetzt außerhalb des Binnenmarktes liegt.

Wir wollen eine stabile und ausgewogene Beziehung zum Vereinigten Königreich aufbauen. Wir richten ein Regulierungsforum für Finanzdienstleistungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ein, damit wir uns konstruktiv mit Schlüsselthemen für unsere Finanzsysteme befassen und gleichzeitig die Regulierungsautonomie beider Seiten wahren können.

Schlusswort

Wir haben vier arbeitsreiche Jahre vor uns. Unsere oberste Priorität ist die Erholung von der COVID-19-Krise. Diese Erholung bietet uns auch eine Chance: eine Erinnerung an die Dringlichkeit laufender Strukturreformen und eine Chance, eine grünere, digitalere und widerstandsfähigere Wirtschaft aufzubauen.

Ich freue mich darauf, mit allen Beteiligten, einschließlich des Bankensektors, zusammenzuarbeiten, um diese ehrgeizige Vision Wirklichkeit werden zu lassen.

Mairead McGuinness,
EU-Kommissarin für Finanzstabilität, Finanz-
dienstleistungen und Kapitalmarktunion



Positionierungen

Aktionsplan der Europäischen Kommission zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Am 7. Mai 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Aktionsplan zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Mit ihrer Stellungnahme vom 27. Juli 2020 nahm die EuBV am Konsultationsverfahren teil. Die EuBV unterstützt dabei das Bestreben der Kommission, ein stärkeres harmonisiertes europäisches Regelwerk zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusbekämpfung zu schaffen. Aus Sicht der EuBV muss gleichzeitig der risikobasierte Ansatz gestärkt und nationale Besonderheiten berücksichtigt werden.

Die Anwendung des risikobasierten Ansatzes sollte gerade bei Instituten, die – wie die Bausparkassen – Produkte mit geringem Geldwäscherisiko anbieten, dazu führen, dass durchgängig in allen Bereichen der Geldwäschebekämpfung die Anwendung vereinfachter Sorgfaltspflichten ermöglicht wird. Zielführend wäre in diesem Zusammenhang etwa die Erweiterung der im Anhang der EU-Geldwäscherichtlinie enthaltenen Liste von Produkten mit geringem Geldwäscherisiko um Finanzprodukte mit langfristigem Anlagehorizont. Auf diese Weise wäre die generelle Anwendung vereinfachter Sorgfaltspflichten auf Bausparverträge möglich.

Weiterhin wies die EuBV darauf hin, dass – aufgrund der sehr abstrakten aufsichtsrechtlichen Vorgaben zur Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und der in der täglichen Praxis auftretenden speziellen Fragestellungen – sich die Ausarbeitung von Branchenstandards für die Verpflichteten bewährt hat. Aufsichtsbehör-

de und Verpflichtete diskutierten konkrete Fragestellungen aus der täglichen Praxis und stimmten die dafür erforderlichen Auslegungen und Anwendungsvorgaben ab. Die Zuständigkeit der nationalen Aufsicht sollte daher für Spezialkreditinstitute wie zum Beispiel Bausparkassen beibehalten werden. Ergänzend sollte in diesem Fall im Sinne einer ausgewogenen und risikoangemessenen Aufsicht ein Automatismus mit dem Ziel implementiert werden, dass die durch eine Aufsicht auf nationaler Ebene festgelegten Besonderheiten zu einer synchronen Anwendung auf EU-Ebene führen.

Neue Verbraucheragenda

Die EuBV nahm mit ihrer Stellungnahme vom 6. Oktober 2020 am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zur neuen Verbraucheragenda teil. Die Kommission konsultierte dabei u.a. zu der für Bausparkassen relevanten Frage, wie verantwortungsvolle Kredit- und Darlehensvergabepraktiken (z.B. Kreditwürdigkeitsprüfung) im Rahmen der Verbraucherkreditrichtlinie verbessert werden können.

Aus Sicht der EuBV sollten ausreichend Spielräume zur Bewältigung der Kreditentscheidung im Einzelfall verbleiben. Eine Überfrachtung der Vertragsparteien mit regulatorischen Anforderungen wäre weder im Sinne der Kreditgeber noch der Verbraucher. So würde z.B. eine weitere Einschränkung der Kreditvergabepraxis dazu führen, dass ein zwar zahlungsfähiger, aber einkommensschwächerer Verbraucher aufgrund seines Risikoprofils künftig schwerer an einen Kredit käme oder gar gänzlich von der Kreditvergabe ausgeschlossen würde. Je nach Kreditart und Kredithöhe sollten bei Verbraucherkrediten aufgrund des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit unterschiedliche Anforderungen an die Kreditwürdigkeit gestellt werden.

Außerdem sollten die Informationspflichten der Verbraucherkreditrichtlinie unter Berücksichtigung der negativen Auswirkungen eines „information overloads“ überprüft, deutlich reduziert und auf wesentliche Informationen beschränkt werden. Die Verbraucherkreditregeln müssten zudem modernisiert werden. Der Abschluss von Finanz- und Darlehensverträgen müsse auch online möglich werden.

Roadmap zur Aktualisierung der Mehrwertsteuervorschriften für Finanzdienstleistungen

Am 19. November 2020 nahm die EuBV zur Roadmap der Kommission zur Aktualisierung der Mehrwertsteuervorschriften für Finanzdienstleistungen Stellung. Bei den in der Roadmap angesprochenen Arbeitszielen soll es in erster Linie darum gehen, die wahrgenommene Benachteiligung der Finanzdienstleister durch die nichtabziehbare Vorsteuer zu beseitigen und EU-weit einheitliche Regelungen für eine Steuerfreiheit zu definieren. Gleichwohl bedingen diese Arbeitsziele eine Abschaffung oder zumindest Einschränkungen der Steuerbefreiungsvorschriften.

Wir halten die aktuellen Regelungen akzeptabel für alle Beteiligten und sehen bei den Steuerbefreiungsvorschriften entgegen der Zielrichtung der Roadmap keinen grundsätzlichen Änderungsbedarf. Stattdessen sehen wir einen zwingenden Verbesserungsbedarf bei den Anforderungen zur Erfüllung der organisatorischen Eingliederungsvoraussetzungen bei Aktiengesellschaften und insbesondere bei Bausparkassen. Erstrebenswertes Ziel wäre eine Vereinfachung durch die Möglichkeit einer umsatzsteuerlichen Gruppenbesteuerung auf Antrag.

Aus EuBV-Sicht gilt es Änderungen, die zu einer Umsatzsteuerpflicht und damit ggf. zu einer Verteuerung der Produkte u.a. auch für die Altersvorsorge führen könnten, vehement entgegenzutreten. Sollte es dennoch, wie in der Roadmap beschrieben, zu einer USt-Pflicht von Finanzdienstleistungen kommen, haben wir verschiedene Fragen, die im Vorfeld zu klären sind, an die Kommission geleitet.

Die EuBV setzte sich in ihrer Stellungnahme dafür ein, dass umsatzsteuerliche Organschaften in ihren Anforderungen vereinfacht werden. Zudem vereinfachen USt-Organschaften den konzerninternen Leistungsaustausch, da

keine Rechnungen, die zum Vorsteuerabzug berechtigen, erstellt werden müssen. Ohne eine umsatzsteuerliche Organschaft gäbe es umfangreiche und mit Kosten verbundene Abrechnungsprozesse im Konzern.

Zusammenfassend wies die EuBV darauf hin, dass durch Abschaffung bzw. Einschränkung der Steuerbefreiungsvorschriften die Finanzdienstleistungsprodukte vermutlich teurer für die Kunden würden, denn sie trügen auf der letzten Stufe die Umsatzsteuer.

Berücksichtigung des Geschäftsmodells der Bausparkassen bei der Bestimmung der MREL-Anforderungen

Gegenüber der europäischen Abwicklungsbehörde SRB und der EBA stellte die EuBV klar, dass Institute, die sich über gedeckte Einlagen refinanzieren, durch Anforderungen, die über die Fähigkeit zur Verlustabsorption hinausgehen, in ihrer finanziellen Stabilität gefährdet werden könnten. In diesem Zusammenhang setzte sich die EuBV insbesondere für eine Berücksichtigung des Geschäftsmodells bei der Bestimmung der MREL-Anforderungen ein.

Wären Bausparkassen wegen MREL zur Aufnahme von zusätzlichen, bisher nicht benötigten und vergleichsweise teuren Fremdmitteln gezwungen, müssten sie entsprechende Papiere emittieren, um ein ausreichendes Volumen bail-in-fähiger Schuldtitel aufweisen zu können. Dies würde eine ungewollte Änderung ihres Geschäftsmodells bedingen. Die EuBV hielt es deshalb für erforderlich, darauf hinzuweisen, dass neben dem Geschäftsmodell auch spezifische Risiken und Refinanzierungsstrukturen bei der Kalibrierung von MREL berücksichtigt werden.

Die Vereinigung unterstützte auch die Überlegungen, einlagenbasierten Instituten eine längere Übergangszeit bis zur vollständigen Erfüllung der MREL-Anforderungen einzuräumen, und betonte gleichzeitig, dass damit nicht das Dilemma dieser Institute gelöst sei. Für Institute, deren MREL-Anforderungen über den Verlustabsorptionsbetrag hinausgehen, ist es umso wichtiger, dass branchenspezifische rechtliche Rahmenbedingungen, die sich auf eine Abwicklung auswirken – so wie z.B. die Bausparkassengesetze in Deutschland, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Rumänien und Österreich – bei der Festlegung der MREL-Anforderungen Berücksichtigung finden.

Bausparkassen als nachhaltige Kreditinstitute

Im Zusammenhang mit der sustainable finance Strategie, nahm die EuBV im Juli 2020 an der Konsultation der Europäischen Kommission teil. Zusätzlich zur Beantwortung der Konsultationsfragen wies die EuBV auf die Besonderheiten von Bausparkassen hin. Sparverträge und das Kollektiv der Sparer seien spezifisch reguliert. Die Guthaben dienen dem langfristigen Vermögensaufbau durch die Schaffung von Wohneigentum als größtem Anker privaten Vermögens. Aufgrund der spezifischen Reglementierung, des Kollektivgedankens, der Förderwirkung, der Steigerung der Wohneigentumsquote bei Schwellenhaushalten und damit des Vermögensaufbauspekts könne das Bausparen grundsätzlich als nachhaltig bezüglich des „S“ der ESG-Kriterien angesehen werden. Dies sollte kommissionsseitig bei der Entwicklung der S-Kriterien berücksichtigt werden. Auch die Darlehensseite beschränke sich in erster Linie auf Privatpersonen und eine wohnwirtschaftliche Nutzung wie Neubau, Kauf, und Renovierung. Bausparkassen seien wesentliche Finanzierer von privatem Wohnraum in verschiedenen EU-Märkten. Ein wesentlicher Teil der Bestände seien Renovierungskredite, die für Energieeffizienzmaßnahmen eingesetzt würden. Bausparkassen finanzieren auch neue Immobilien, die nach aktuellen Energiestandards gebaut oder saniert werden und entsprächen damit den Kriterien der Taxonomieverordnung und dem Bericht der technischen Expertengruppe. Hier seien jedoch einheitliche Standards für die Klassifizierung der Darlehen anhand vorhandener Kriterien (nationale Baustandards, Anwendbarkeit von Förderprogrammen usw.) und z.B. durch Aufbau einer zentralen Datenbank für Energieausweise erforderlich. Dabei sei zu beachten, dass der Gebäudesektor und dessen Sanierung einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Verbrauchs leisteten. Vor diesem Hintergrund begrüßte die EuBV die Arbeit der Kommission an der EU-Taxonomie und die Möglichkeit im Dezember, Feedback zum Entwurf des delegierten Rechtsakts zu den ersten beiden Umweltzielen geben zu können. Feedback gab die EuBV der Kommission im Juni auch zur geplanten Initiative für eine EU-weite Renovierungswelle. Im Herbst kommentierte die EuBV auch den EZB-Leitfaden zu Klima- und Umweltrisiken.

Darüber hinaus würde es die Europäische Bausparkassenvereinigung begrüßen, wenn bei der Entwicklung eines Umweltzeichens auch S-Kriterien berücksichtigt würden.

So könnten z.B. verschiedene Bereiche des Bausparens, wie Sparen, Geldanlage und Kreditvergabe, auf der Grundlage unterschiedlicher Kriterien mit einem Label versehen werden. Die Einführung eines solchen einheitlichen Labels, das mehrere Aspekte gleichzeitig abdecke, würde zu einer besseren Vergleichbarkeit beitragen.

Umsetzung der finalen Basel III-Beschlüsse in europäisches Recht

Nachdem bereits im Dezember 2017 im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht eine Einigung über das finale Basel III-Rahmenwerk gefunden worden war, begleitete die EuBV die Vorbereitungen der Legislativvorschläge des europäischen Gesetzgebers für die Umsetzung des Rahmenwerks in europäisches Recht. Während des gesamten Zeitraums setzte sich die EuBV in Gesprächen mit Verantwortlichen der EBA und der Europäischen Kommission, für eine proportionale Umsetzung ein. Unter anderem wurde auf die Fragen des operationellen und des Marktrisikos Bezug genommen.

Bezüglich des Zeitplans zur Veröffentlichung der Legislativvorschläge sind die europäischen Bausparkassen der Meinung, dass ein weiterer zeitlicher Aufschub in Anbetracht der derzeitigen Pandemielage angebracht wäre, um die Kreditvergabe an die Realwirtschaft/Privatpersonen sicherzustellen. Eine zeitnahe Umsetzung, die zu höheren Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute führen würde, würde hier kontraproduktiv wirken. Zudem müssen europäische Spezifika, wie das Geschäftsmodell der Bausparkassen, beim Implementierungsprozess berücksichtigt werden.



Öffentlichkeitsarbeit

„Regulatorisches Umfeld für Immobilienfinanzierung in der EU“ – Bausparkassen und Pfandbriefbanken bieten gemeinsam Podium für Diskussion mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments

Mit der Wahl des Europäischen Parlaments im Frühjahr 2019 und dem Arbeitsbeginn der neuen Europäischen Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen zum 1. Dezember 2019 gab es viele Veränderungen und Neuerungen im politischen Brüssel. Vor diesem Hintergrund organisierten die deutschen Bausparkassen gemeinsam mit den deutschen Pfandbriefbanken am 22. Januar 2020 eine Podiumsveranstaltung, um mit Abgeordneten des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments über die künftigen Herausforderungen der Immobilienfinanzierer und die anstehenden Legislativvorhaben in den kommenden fünf Jahren zu sprechen. Schwerpunkte waren die jüngsten Reformvorschläge des Baseler Regelwerks (Basel III final), die aller Wahrscheinlichkeit nach zu höheren Eigenkapitalanforderungen für die Immobilienfinanzierung in Europa führen werden; der European Green Deal und die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Taxonomie, die ebenfalls große Auswirkungen auf die Immobilienfinanzierung haben werden, z.B. bei der Renovierung von Bestandsimmobilien und der Einführung einer „Green Mortgage“. Schließlich wurde auch die anstehende Überprüfung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie gestreift, in deren Folge es zu einer Verschärfung der Anforderungen an die Kreditvergabe kommen könnte. Auf dem Podium vertreten waren die Abgeordneten Markus Ferber (EVP), Dr. Joachim Schuster (S&D) sowie Engin Eroglu (Renew Europe). Die Veranstaltung war mit über 100 Gästen gut besucht.

In seinen einführenden Worten hob Christian König, Geschäftsführender Direktor der EuBV, hervor, dass Bausparkassen trotz spezialgesetzlicher nationaler Regulierung vom allgemeinem europäischen Finanzregulierungsrahmen erfasst werden. Nicht erst seit gestern würden hierbei die entscheidenden Pflöcke nicht mehr auf nationaler, sondern auf europäischer Ebene eingeschlagen. Als Co-Gesetzgeber spiele dabei das Europäische Parlament eine entscheidende Rolle. Seit 40 Jahren würden die Abgeordneten nun direkt ins EP gewählt und stellten damit das demokratische Organ der EU dar. Dabei habe es bei der letzten Europawahl im Mai 2019 eine Rekordwahlbeteiligung gegeben: Mit knapp 51 Prozent machte erstmals seit 20 Jahren wieder eine Mehrheit der europäischen Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Umso größer sei die Freude, gleich drei Volksvertreter der großen traditionellen Parteienfamilien auf einem Podium präsentieren zu können. Dies böte die Möglichkeit, die anstehenden europäischen Gesetzgebungsprozesse mit den unmittelbar an der Entstehung beteiligten Akteuren zu diskutieren.

Wiederwahl des Geschäftsführenden Direktors der EuBV

Turnusgemäß fand in der aufgrund der COVID-19-Pandemie online organisierten Mitgliederversammlung am 18. Oktober 2020 die Wahl des Geschäftsführenden Direktors der EuBV statt. Dabei wurde Christian König von den ordentlichen Mitgliedern der Vereinigung einstimmig wiedergewählt. König verantwortet seit 2017 die Aktivitäten der Vereinigung; zudem ist er seit 2018 Hauptgeschäftsführer des Verbandes der privaten Bausparkassen e.V. (Deutschland).

Bausparkassen beteiligen sich an Best Practice-Initiative der Europäischen Kommission

Mit Pressemitteilung vom 14. Juli 2020 informierte die Vereinigung, dass der Schutz der Verbraucher als Darlehensnehmer vor finanzieller Überforderung selbstverständlich auch angesichts der COVID-19-Pandemie von zentraler Bedeutung für die europäischen Bausparkassen sei. „Wir tun alles, um aktuelle Nöte betroffener Verbraucher abzufedern“, erklärte Christian König anlässlich der Veröffentlichung zur Best-Practice-Initiative der EU-Kommission.

König begrüßte diese neue Form des europäischen Dialogs als vorbildlich. Indem die EU-Kommission die Finanzwirtschaft und Verbraucherschutzverbände an einem Tisch versammelt habe, sei es gelungen, sich europaweit auf praxisgerechte Hilfsmaßnahmen zu verständigen. Dieses Modell habe Zukunftscharakter.

Auf nationaler Ebene seien die Bausparkassen bereits vorangeschritten. Kunden, die unter coronabedingten Einnahmeausfällen litten, habe man entsprechend der gesetzlichen nationalen bzw. der europäischen bankaufsichtlichen Vorgaben die Stundung ihrer Darlehensverbindlichkeiten angeboten und dabei möglichst passgenaue Lösungen gesucht.

Erste Bausparkasse nimmt in Kirgisien Geschäftsbetrieb auf

Ak-Bosogo ist der Name eines malerischen Bergdorfs in Kirgisien – und seit Beginn des Jahres 2021 steht der Name auch für die erste kirgisische Bausparkasse. Bei der Gründung der Bausparkasse hat die EuBV den kirgisischen Partnern beratend zur Seite gestanden und sie bei vielen Detailfragen unterstützt. Tiefere Einblicke in die konkrete Arbeit der europäischen Bausparinstitute konnten die Kirgisen bereits 2017 bei einer von der KfW geförderten Delegationsreise gewinnen.

Die kirgisische Regierung setzt große Hoffnungen in die Neugründung: Sie soll den Markt für private Baufinanzierungen beleben und damit die gesamte Wirtschaft des Landes nach vorne bringen. Ak-Bosogo wird den Ge-

schäftsbetrieb zügig hochfahren; die ersten Kunden haben schon einen Bausparvertrag unterschrieben.

Türkische Partner suchen Austausch mit europäischen Bausparkassen

Der Geschäftsführende Direktor der EuBV, Christian König, hielt im März 2020 auf einer Konferenz in Istanbul mit dem Motto „Soziale Baufinanzierung“ einen Vortrag zum Bausparen in Europa. Eingeladen hatte Birevim, eines der führenden Institute einer Gruppe von noch recht jungen und genossenschaftlich ausgerichteten Baufinanzierern in der Türkei. Ihr Ziel ist es, Baufinanzierungen und damit auch den Traum vom Eigenheim für breitere Schichten der Bevölkerung erreichbar zu machen. Das türkische Modell weist zwar etliche Analogien zum Bausparwesen aus, hat aber auch seine Eigenarten. So wird statt einem Darlehenszins eine einmalige Gebühr verlangt, die sich an der Höhe des Kredits bemisst; die Einlagen sind ebenso unverzinst. Zudem befindet sich das System und seine Regulierung noch in den Kinderschuhen, so dass der Vortrag von Christian König auf großes Interesse stieß. In ihm erläuterte er nicht nur detailliert die Funktionsweise des Bausparens in Europa und seine lange Erfolgsgeschichte, sondern ging auch auf die regulatorischen Aspekte, die zum Erfolg des Systems beitragen, anschaulich ein. Die türkischen Institute freuen sich auf einen tieferen Austausch mit den europäischen Partnern.



Wohnwirtschaftliche Entwicklungen in Europa

Die Corona-Pandemie hat auch im europäischen Bausektor tiefe Spuren hinterlassen. Nach einem Anstieg der Bauinvestitionen von 2,9 Prozent im Jahr 2019 schrumpften die Ausgaben im Berichtsjahr 2020 in den 19 europäischen Ländern, die vom Forschungsverbund Euroconstruct analysiert werden, um 7,8 Prozent. Die Pandemie traf die Bauwirtschaft in einer Phase, in der die Wachstumsdynamik ohnehin schon nachgelassen hatte. In Westeuropa belief sich das Minus auf 8,0 Prozent, in Osteuropa auf 4,5 Prozent. Den tiefsten Einschnitt verzeichnete das Vereinigte Königreich, wo die Bauinvestitionen um nahezu ein Fünftel einbrachen (-19,5 Prozent). Auch in Irland (-16,0 Prozent) und in Frankreich (-15,8 Prozent) brachen die Ausgaben massiv ein. In Osteuropa wurden die Investitionen in Hoch- und Tiefbau in der Slowakei mit 9,5 Prozent am stärksten reduziert. Allein in Finnland (+1,3 Prozent), Norwegen und Portugal (je +0,1 Prozent) wurde die Investitionstätigkeit ausgeweitet. Ins neue Jahr gehen die Euroconstruct-Forscher optimistischer: Für die Mehrzahl der Staaten wird mit einer raschen und teils deutlichen Erholung der Bautätigkeit gerechnet.

Wohnbauinvestitionen stark zurückgefahren

Besonders ausgeprägt waren die Folgen der Pandemie im europäischen Wohnungsbau zu spüren. 2020 war in diesem Teilsegment des Bausektors ein Einbruch der Investitionen um 8,6 Prozent zu verzeichnen. In 18 von 19 Euroconstruct-Ländern wurden die Ausgaben für den Bau von Wohnungen zurückgefahren. Für das Jahr 2021 sind die Ökonomen überwiegend pessimistisch und rechnen mit

einem weiteren Schrumpfen der Ausgaben, teils sogar mit stärkerer Abwärtsdynamik als 2020. In den Ländern, wo der Ausblick positiv ist, vollzieht sich eine Erholung als starke Gegenbewegung zu einem massiven Einbruch. Mit einem Anteil von 56,9 Prozent sind die Investitionen in den Bestand (Renovierung und Sanierung) so hoch wie seit längerem nicht.

In Westeuropa sanken die Investitionen um 8,7 Prozent. In Osteuropa belief sich das Minus auf 5,8 Prozent, allerdings mit deutlichen Unterschieden: Während es in Ungarn (-13,5 Prozent) und der Slowakei (-12,8 Prozent) zu einem regelrechten Absturz kam, schrumpfte der Wohnungsbausektor in der Tschechischen Republik mit 3,4 Prozent noch vergleichsweise moderat. Drastisch fiel der Rückgang im Vereinigten Königreich aus, wo die Wohnungsbauinvestitionen gegenüber dem Jahr 2019 um mehr als ein Viertel zurückgefahren wurden. Auch in Irland (-16,7 Prozent), Spanien (-12,7 Prozent) und Frankreich (-12,5 Prozent) war der Rückgang dramatisch. Nur in Portugal expandierte der Wohnungsbau (+0,7 Prozent), während die Investitionen in Dänemark und Deutschland nur geringfügig eingeschränkt wurden (-0,5 Prozent bzw. -0,8 Prozent).

Fertigstellungen im Lockdown – Dramatischer Einbruch im Vereinigten Königreich

Einschränkungen der auch grenzüberschreitenden Bewegungsfreiheit machten sich bei den Fertigstellungen bemerkbar. Auch die Investitionsstopps spielten dabei eine

Rolle. In den 19 Euroconstruct-Ländern reduzierte sich die Zahl der fertiggestellten Wohnungen 2020 auf 1,68 Mio., was einem Rückgang von 7,1 Prozent bzw. 129.200 Einheiten entspricht. In Osteuropa fiel der Rückgang mit 0,3 Prozent noch vergleichsweise mild aus, in Westeuropa dagegen mit 8,4 Prozent recht kräftig.

In Osteuropa allerdings stach nur Ungarn mit einer außergewöhnlich hohen Zahl an Fertigstellungen heraus. Dort wurden 2020 rund 28.000 Geschosswohnungen, Ein- und Zweifamilienhäuser fertig gebaut – fast ein Drittel mehr

als noch 2019 (+32,5 Prozent). In der Tschechischen Republik und in der Slowakei rutschten die Fertigstellungen dagegen ab, und zwar um 6,8 Prozent bzw. 5,0 Prozent. In Westeuropa lag Portugal beim Wachstum an der Spitze (+31,6 Prozent auf 18.700) Von 206.000 auf nur mehr 143.000 stürzten die Fertigstellungen im Vereinigten Königreich ab (-30,6 Prozent), wobei hier auch die lange Hängepartie um den Brexit auf den Fertigstellungen und Investitionen im Wohnungsbau gelastet haben dürfte. In Irland (-19,6 Prozent auf 17.000) und Finnland (-13,6 Prozent auf 37.000) fiel der Rückgang ebenfalls deutlich aus.

Wohnungs-Bauvolumen in Europa nach Ländern

(Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

LAND	2016	2017	2018	2019 ¹	2020
Belgien	3,5	1,6	1,8	1,1	-7,8
Dänemark	7,4	7,4	1,7	11,9	-0,5
Deutschland	3,9	2,1	2,0	1,9	-0,8
Finnland	7,1	3,2	3,2	-2,7	-2,9
Frankreich	4,2	6,1	1,9	0,7	-12,5
UK	6,5	6,8	1,7	3,7	-27,0
Irland	12,0	19,5	18,1	-0,8	-16,7
Italien	1,9	1,2	1,3	1,9	-10,4
Niederlande	15,0	8,5	9,0	1,4	-3,1
Norwegen	6,9	14,1	-10,0	1,3	-3,6
Österreich	2,3	6,1	1,9	4,3	-1,8
Portugal	5,3	15,3	8,7	6,6	0,7
Schweden	12,1	10,5	-5,1	-8,6	-2,4
Schweiz	1,9	1,2	-1,7	-1,9	-3,4
Spanien	9,6	11,8	9,1	5,8	-12,7
WESTEUROPA INSG.	5,2	5,1	2,3	2,0	-8,7
Polen	5,2	9,2	5,6	7,0	-3,4
Slowakei	9,6	31,6	17,0	15,7	-13,5
Tschechien	9,6	7,5	13,5	6,8	-4,4
Ungarn	17,6	3,6	9,3	4,1	-12,8
OSTEUROPA INSG.	8,0	10,4	11,2	8,0	-5,8

1) Schätzung

Die Liste der Fertigstellungen wird mit 407.800 Einheiten nach wie vor von Frankreich angeführt, trotz eines Minus von 2,8 Prozent. Die Bautätigkeit hat in Deutschland im Umfang von 4,4 Prozent bei den fertiggestellten Wohnungen abgenommen, hier wurden 280.000 Einheiten bezugsfertig gemacht. Abgesehen von Ungarn, wo der Anstieg laut Expertenmeinung nur ein einmaliger Ausreißer war, und Portugal ging es bei den Zahlen nur in Nor-

wegen (+1,9 Prozent auf 30.900 Einheiten) und Österreich (+1,2 Prozent auf 59.400) aufwärts. Der Ausblick für die 19 Euroconstruct-Staaten könnte unterschiedlicher nicht sein. Während für Portugal auch im Jahr 2021 ein zweistelliges Wachstum erwartet wird und für das Vereinigte Königreich sowie Nordirland eine signifikante Erholung, steht dem französischen Wohnungsbau ein markanter Absturz bevor.

Wohnungs-Bauvolumen in Europa nach Ländern

(absolute Zahlen in Mio. Euro)

LAND	2016	2017	2018	2019 ¹	2020
Belgien	20.912	21.782	22.180	22.414	20.669
Dänemark	14.563	15.719	15.984	17.892	17.803
Deutschland	189.150	206.020	210.065	214.037	212.284
Finnland	14.656	15.785	16.295	15.852	15.393
Frankreich	101.161	107.526	109.520	110.272	96.519
UK	85.580	95.235	96.876	100.494	73.378
Irland	6.090	7.764	9.169	9.091	7.569
Italien	81.810	85.050	86.139	87.747	78.579
Niederlande	29.376	33.855	36.919	37.418	36.241
Norwegen	17.616	18.974	17.078	17.306	16.687
Österreich	17.278	18.585	18.941	19.746	19.389
Portugal	7.043	9.942	10.810	11.526	11.612
Schweden	17.811	19.694	18.680	17.067	16.654
Schweiz	28.106	29.724	29.232	28.675	27.712
Spanien	45.310	53.675	58.538	61.950	54.105
WESTEUROPA INSG.	676.461	739.330	756.427	771.488	704.595
Polen	12.103	12.971	14.724	15.731	15.033
Slowakei	1.226	1.324	1.447	1.506	1.313
Tschechien	7.504	8.556	9.033	9.669	9.340
Ungarn	2.363	3.344	3.913	4.528	3.916
OSTEUROPA INSG.	23.196	26.195	29.117	31.435	29.602

1) Schätzung

Preisanstieg auf breiter Front

Die Preise für Wohnimmobilien haben sich im Jahr 2020 mit erhöhter Dynamik nach oben entwickelt. Zwischen Januar und September 2020 verteuerten sich in der Europäischen Union Wohnungen um durchschnittlich 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Preissteigerungen gab es in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ihren Nachbarländern – mit einer Ausnahme: In Zypern verbilligten sich die Kaufpreise für Wohnraum im Beobachtungszeitraum um durchschnittlich 1,1 Prozent. Etwas fester zeigte sich der arg gebeutelte Wohnungsmarkt in Italien, wo die Preise sich zuletzt erholten (+2,0 Prozent). In den Ländern Westeuropas war der Auftrieb vor allem in Deutschland vergleichsweise

Wohnungsbau in Europa nach Ländern

(Zahl der Fertigstellungen¹ in 1.000 Wohnungen)

LAND	2016	2017	2018	2019 ²	2020
Belgien	45,0	47,8	45,9	49,3	44,7
Dänemark	22,0	26,4	29,6	35,0	32,2
Deutschland	277,7	284,8	287,4	293,0	280,0
Finnland	30,2	35,7	42,5	42,8	37,0
Frankreich	345,5	367,4	396,0	419,4	407,8
UK	165,6	186,6	190,0	206,0	143,0
Irland	9,9	14,4	17,9	21,1	17,0
Italien	81,6	80,6	83,1	88,0	78,6
Niederlande	54,9	63,0	66,6	70,7	65,0
Norwegen	29,4	31,6	32,8	30,4	30,9
Österreich	48,5	53,2	59,2	58,7	59,4
Portugal	8,0	7,9	11,4	14,2	18,7
Schweden	53,6	61,6	67,5	68,1	59,5
Schweiz	52,0	50,2	53,2	52,5	51,0
Spanien	40,1	54,6	64,4	78,8	75,0
WESTEUROPA INSG.	1.263,9	1.365,8	1.447,6	1.528,0	1.399,9
Polen	163,3	178,3	185,1	207,4	203,0
Slowakei	15,7	16,9	19,1	20,2	19,2
Tschechien	27,3	28,6	33,9	36,4	33,9
Ungarn	10,0	14,4	17,7	21,1	28,0
OSTEUROPA INSG.	216,3	238,2	255,7	285,1	284,1
EUROPA INSG.	1.480,3	1.611,8	1.708,8	1.814,1	1.684,0

1) Errichtung neuer Wohngebäude

2) Schätzung

kräftig: Der Anstieg um 7,1 Prozent dürfte viel mit der Stabilität des deutschen Wohnungsmarktes und einer langsamen Angebotsausweitung zu tun haben. Ähnlich dynamisch ging es in Österreich aufwärts (+7,8 Prozent). Im zweistelligen Bereich lag die Teuerung in Luxemburg (+13,7 Prozent) sowie in Polen (+11,0 Prozent) und der Slo-

wakei (+10,4 Prozent). Diskussionswürdig sind die Ursachen für steigende Preise inmitten der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. So könnte unter anderem der Wunsch nach eigenen vier Wänden ein wichtiger Faktor sein. Auch der Sachwertcharakter von Immobilien spielt dabei sicherlich eine Rolle.

Sparquoten privater Haushalte im Ländervergleich

(in % des verfügbaren Einkommens)

LAND	2006 bis 2015		JAHRES DURCHSCHNITT			
	2006 bis 2015	2016	2017	2018	2019 ¹	2020
Belgien	8,1	5,5	5,4	4,7	6,2	14,3
Dänemark	-0,2	5,6	6,0	6,2	3,7	7,7
Deutschland	9,9	10,2	10,6	10,9	10,9	16,6
Finnland	0,8	-1,4	-0,9	-0,8	0,4	6,6
Frankreich ²	14,7	13,6	13,7	14,0	14,3	20,6
Griechenland	-	-	-	-	-	-
UK ²	9,0	7,6	5,7	6,1	6,5	19,4
Irland	4,3	2,8	6,8	6,9	7,5	22,8
Italien	5,1	3,0	2,6	2,6	2,5	10,2
Niederlande	6,8	10,3	8,8	9,1	10,0	18,2
Norwegen	5,2	6,9	6,6	5,9	8,1	16,6
Österreich	9,5	7,8	7,5	7,8	8,2	17,0
Portugal ²	8,2	7,0	6,6	6,8	7,0	14,8
Schweden	11,6	13,3	12,2	13,4	16,1	19,3
Schweiz	16,9	17,8	17,3	17,3	17,9	22,1
Spanien	2,9	3,0	1,6	1,4	2,0	14,2
Polen	0,8	1,5	0,3	-1,0	1,9	13,7
Slowakei	1,5	3,0	2,5	3,1	3,5	5,0
Tschechien	6,9	6,3	7,0	7,4	7,6	8,1
Ungarn	5,9	6,9	6,4	8,1	6,3	7,3
Japan	2,1	3,3	2,6	4,3	5,3	7,1
Kanada	3,9	1,9	2,0	1,7	2,9	15,0
USA	6,1	6,9	7,2	7,8	7,5	16,1

1) Schätzung

2) Bruttoersparnis

Lockdown treibt Sparquote

Sparen ist bekanntlich gleichbedeutend mit Konsumverzicht. Ausgangsbeschränkungen, geschlossene Geschäfte und Lokale haben die Konsummöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten massiv reduziert. Gleichzeitig sind Ar-

beitsmärkte unter Druck geraten und die Unsicherheit über die künftige Entwicklung der Pandemie hat für Ausgabenzurückhaltung gesorgt. Konsequenterweise erhöhte sich die Sparquote in Europa auf breiter Front und in den meisten Ländern auch ganz erheblich.

Kurzfristige Zinssätze¹ im Ländervergleich (in %)

LAND	JAHRESDURCHSCHNITT					
	2006 bis 2015	2016	2017	2018	2019 ²	2020
Belgien	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Dänemark	1,9	-0,1	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3
Deutschland	1,9	-0,1	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3
Finnland	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Frankreich	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Griechenland	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
UK	2,2	0,5	0,4	0,7	0,8	0,3
Irland	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Italien	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Niederlande	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Norwegen	2,9	1,1	0,9	1,1	1,6	0,7
Österreich	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Portugal	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Schweden	1,9	-0,5	-0,5	-0,4	0,0	0,1
Schweiz	0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Spanien	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
EURO-GEBIET	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Polen	4,0	1,7	1,7	1,7	1,7	0,6
Slowakei	1,8	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Tschechien	1,6	0,3	0,4	1,3	2,1	0,9
Ungarn	5,8	0,7	0,0	0,0	0,0	0,4
Japan	0,3	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Kanada	1,9	0,8	1,1	1,8	1,9	0,6
USA	1,7	0,9	1,3	2,4	2,3	0,6

1) In den meisten Ländern Zinssätze für Dreimonatsgeld

2) Schätzung

Quelle: OECD-Wirtschaftsausblick

Am höchsten lag die Sparquote im Jahr 2020 in Irland, wo mit 22,8 Prozent knapp ein Viertel des verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante gelegt wurde. Den höchsten relativen Zuwachs gab es in Finnland: Nach einem längeren Prozess des Entsparens war die Sparquote erst 2019 ins Positive gedreht (0,4 Prozent), 2020 schnellte sie auf 6,6 Prozent nach oben. Ein ähnliches Bild zeichnet Polen, wo die Sparquote von 1,9 Prozent im Jahr 2019 auf 13,7 Prozent im Jahr 2020 anstieg. In Schweden waren die Maß-

nahmen zur Bekämpfung der Pandemie vergleichsweise locker, die Quote stieg dort von 16,1 Prozent lediglich auf 19,3 Prozent. Den kleinsten Teil ihres Einkommens legen die Sparer in der Slowakei beiseite (5,0 Prozent). Auch in den Ländern, die die Sparquote nach der Bruttomethode (Abschreibungen auf Aktiva von Unternehmen ohne eigener Rechtspersönlichkeit und auf selbstgenutztes Wohneigentum werden nicht abgezogen) ermitteln, wurde erheblich auf Konsum verzichtet: In Frankreich lag die Spar-

Langfristige Zinssätze¹ im Ländervergleich (in %)

LAND	JAHRESDURCHSCHNITT					
	2006 bis 2015	2016	2017	2018	2019 ²	2020
Belgien	3,2	0,5	0,7	0,8	0,2	-0,1
Dänemark	2,7	0,3	0,5	0,5	-0,2	-0,3
Deutschland	2,5	0,1	0,3	0,4	-0,3	-0,5
Finnland	2,8	0,4	0,5	0,7	0,1	-0,2
Frankreich	3,0	0,5	0,8	0,8	0,1	-0,1
Griechenland	9,3	8,4	6,0	4,2	2,6	1,3
UK	3,3	1,3	1,2	1,5	0,9	0,4
Irland	4,4	0,7	0,8	1,0	0,3	0,1
Italien	4,1	1,5	2,1	2,6	1,9	1,2
Niederlande	2,8	0,3	0,5	0,6	-0,1	-0,3
Norwegen	3,3	1,3	1,6	1,9	1,5	0,8
Österreich	3,0	0,4	0,6	0,7	0,1	-0,2
Portugal	5,6	3,2	3,1	1,8	0,8	0,5
Schweden	2,7	0,5	0,7	0,7	0,1	-0,1
Schweiz	1,6	-0,4	-0,1	0,0	-0,5	-0,5
Spanien	4,1	1,4	1,6	1,4	0,7	0,4
EURO-GEBIET	3,4	0,8	1,0	1,1	0,4	0,1
Polen	5,0	3,0	3,4	3,2	2,3	1,5
Slowakei	3,7	0,5	0,9	0,9	0,2	0,3
Tschechien	3,2	0,4	1,0	2,0	1,5	1,1
Ungarn	6,8	3,1	3,0	3,1	2,5	2,2
Japan	1,1	0,0	0,1	0,1	-0,1	0,0
Kanada	2,9	1,3	1,8	2,3	1,6	0,7
USA	3,1	1,8	2,3	2,9	2,1	0,8

1) In den meisten Ländern Zinssätze für 5- bis 10jährige Staatsanleihen

2) Schätzung

Quelle: OECD-Wirtschaftsausblick

quote bei 20,6 Prozent (2019: 14,3 Prozent) und im Vereinigten Königreich bei 19,4 Prozent (2019: 6,5 Prozent).

Nach bisherigen Schätzungen könnte die Entwicklung 2021 in die andere Richtung gehen: dann nämlich, wenn die Impfkampagnen an Fahrt aufgenommen haben und die schrittweise Rückkehr zur Vor-Corona-Zeit möglich wird – mit gestiegenem Konsumbedürfnis.

Geldpolitik zwischen Stabilisierungsdruck und Inflationsangst

Der Geldmarktzinssatz für Einlagen mit einer Laufzeit von drei Monaten ist in der Eurozone im Jahr 2020 abermals gesunken und lag im Jahresdurchschnitt bei -0,42 Prozent. Die EZB hat auch im Berichtsjahr an einer weitestgehend akkommodierenden Geldpolitik festgehalten, die ganz im Zeichen der von der Corona-Pandemie verursachten Verwerfungen stand. Das Zinsniveau in der Tschechischen Republik sank von 2,12 Prozent auf 0,86 Prozent. Einen Anstieg verzeichnete Ungarn (von 0,0 Prozent auf 0,43 Prozent). Am tiefsten notierten die Zinsen wiederum in der Schweiz, mit -0,7 Prozent auch nur kaum verändert gegenüber dem Vorjahr (-0,74 Prozent).

Die Stabilisierungspolitik stand im Krisenjahr 2020 im Mittelpunkt der geldpolitischen Ausrichtung der EZB, aber auch anderer Notenbanken weltweit. Das Programm zum Anleiheankauf wurde fortgesetzt, der Leitzins verharrt bei 0 Prozent (Hauptrefinanzierungsgeschäft). Im Berichtszeitraum ist in der Eurozone derweil eine längst in Vergessenheit geratene Diskussion wieder entflammt, die über eine Rückkehr der Inflation. So haben die Preise für Rohstoffe (einschließlich Rohöl) wieder deutlich angezogen. Erwartet wird zudem eine erhöhte Konsumfreude, sobald sich ein Ende der Pandemie als Konsequenz gelungener Impfkampagnen abzeichnet – bei dann möglicherweise gesunkenem Angebot. Gleichzeitig wird in der EZB über eine Revision der Strategie sinniert, an deren Ende eine neue Definition der Geldwertstabilität stehen könnte. Bisher ist diese erfüllt, wenn die jährliche Steigerung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) „unter, aber nahe zwei Prozent“ liegt. Noch vollziehen sich Preissteigerungen in der Eurozone bzw. deren Mitgliedsstaaten auf niedrigem Niveau, aber die Auftriebskräfte sind vorhanden. Wie die EZB auf eine solche Entwicklung reagieren könnte, steht unterdessen auf einem ganz anderen Blatt.

Die Verzinsung von Staatsanleihen bleibt ebenfalls auf niedrigstem Niveau und ist in einer Reihe von Euroländern ins Negative gekehrt. In Deutschland war dies bereits 2019 der Fall, 2020 rentierten deutsche Bonds mit -0,48 Prozent. Negative Renditen erzielen nun auch Papiere Österreichs, Frankreichs, Belgiens und Finnlands. Nur in der Slowakei erhöhte sich die Rendite von 0,25 Prozent auf 0,31 Prozent. Der Rückgang des Zinsniveaus auf breiter Front erklärt sich eindeutig vor dem Hintergrund des zuletzt massiv ausgeweiteten Anleihekaufprogramms der EZB und der Ankündigung derselben, das Programm bis März 2022 fortzusetzen. Auch außerhalb der Eurozone sind die langfristigen Zinsen unter Abwärtsdruck geraten. In der Schweiz wurden Staatsanleihen im Jahr 2020 mit -0,51 Prozent verzinst. Sparer in Ungarn erhielten auf Ihre Anlagen einen Zinssatz von 2,24 Prozent.



Unser Finanzmarkt im Dienst der Zukunft Europas

Die Corona-Pandemie zieht uns nun schon seit mehr als einem Jahr in ihren Bann. Schlechte Nachrichten drohen, unseren Alltag weiter zu dominieren. Es gibt aber auch positive Perspektiven in diesem scheinbar nur düsteren Bild. Der Impfstoff als unser „Licht am Ende des Tunnels“ rückt immer näher. Und der europäische Gesetzgeber hat allen Schwierigkeiten getrotzt und viele wichtige, ja historische Maßnahmen beschlossen. Zusammen sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen, müssen aber noch viele Lehren ziehen, um künftig besser vorbereitet zu sein. Gleichzeitig müssen wir unsere gemeinsamen Projekte vollenden, um eine starke Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen.

Es gilt an vielen Schrauben zu drehen, um die BürgerInnen und Unternehmen auf dem Weg aus der Krise zu unterstützen. Neben dem größten EU-Investitionspaket aller Zeiten – dem Aufbaufonds „NextGenerationEU“ mit dem neuen EU-Langzeitbudget –, dem Grünen Deal und den währungspolitischen Maßnahmen, müssen wir auch den Finanzmarkt verstärkt in den Dienst unserer gemeinsamen Zukunft stellen. Denn eines ist klar, unser Finanzmarkt ist bei der Krisenbewältigung Teil der Lösung. Wir müssen weiterhin geeignete Rahmenbedingungen schaffen, damit die Kreditwirtschaft, einschließlich der Spezialkreditinstitute der Bausparkassen, ihren wichtigen Beitrag für optimale Finanzierungsbedingungen in Europa leisten kann.

„Quick Fixes“ für Banken und Kapitalmarkt

Gemeinsam haben wir wichtige Schrauben festgezurr. Zum einen haben wir in Rekordgeschwindigkeit die Bankenregeln überarbeitet, um satte 450 Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten zu mobilisieren. Wir haben den er-

weiterten KMU-Unterstützungsfaktor vorgezogen, damit Kredite, Pensionsdarlehen und Infrastrukturfinanzierungen einfacher und in größerem Umfang vergeben werden können. Wir haben die Kapitalregeln für Software-Investments gelockert, um den Herausforderungen der Digitalisierung stärker gerecht zu werden. Und wir haben der Bankenaufsicht zusätzliche Flexibilität eingeräumt, um die Auswirkungen der extremen Marktvolatilität abzumildern, die während der Krise beobachtet wurden.

Schließlich haben wir ein Maßnahmenbündel für die Erholung der Kapitalmärkte beschlossen. Wir haben die Regeln für Finanzmärkte überarbeitet, um unnötigen Verwaltungsaufwand zu reduzieren, die Rekapitalisierung von Unternehmen zu fördern und die internationale Rolle des Euro zu stärken, indem wir die Marktentwicklung für Energiederivate unterstützen. Wir haben einen neuen Wiederaufbauprospekt entwickelt, um Unternehmen dabei zu helfen, Kapital in Form von Aktien zu beschaffen, anstatt sich weiter zu verschulden. Und als Berichterstatter für die Eigenkapitalverordnung habe ich die Überarbeitung der Regeln für das wichtige Finanzinstrument der Verbriefungen federführend verhandelt. In der richtigen Dosierung können Verbriefungen die Kreditvergabe weiter ankurbeln und neue Investitionsmöglichkeiten schaffen.

Europäischen Finanzunion vollenden

Diese Maßnahmen sind ein gutes Beispiel dafür, dass die Europäische Union im Kampf gegen die Krise und für den Aufbau der europäischen Wirtschaft rasch und entschlossen handelt, wenn politischer Wille vorhanden ist. Diesen Schwung müssen wir für die Vollendung der europäischen Banken- und Kapitalmarktunion mitnehmen. Beide

Projekte haben eine zentrale Bedeutung dafür, Europa besser wiederaufzubauen. Denn ein starker Bankensektor benötigt gut funktionierende Kapitalmärkte und umgekehrt. Den großen Mehrwert einer verstärkten Zusammenarbeit hat jüngst eine Studie des wissenschaftlichen Dienstes des EU-Parlaments festgehalten: Nicht weniger als 275 Milliarden Euro Mehrwert pro Jahr könnten eine starke Kapitalmarktunion, eine vollendete Bankenunion und eine engere Zusammenarbeit im Fiskalbereich bringen.

In der Bankenunion leisten die ersten beiden Säulen gute Dienste, also die gemeinsame Aufsicht und die gemeinsame Abwicklung. Aber wir müssen auch bei der dritten Säule vorankommen, der schrittweisen Einführung einer Europäischen Einlagensicherung. Bestehende Institutsicherungs-systeme und Haftungsverbünde müssen dabei natürlich geschützt werden. Seitens der Kapitalmarktunion wurden in den letzten Monaten umfassende Forderungskataloge erarbeitet: Die 17 Empfehlungen des CMU High-Level Forum, der Aktionsplan der EU-Kommission und der Bericht des EU-Parlaments liegen auf dem Tisch und müssen jetzt konsequent umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen wir die Finanzregeln zukunftsfit machen. Denken wir nur an die Digitalisierung, nachhaltige Finanzierung, den Kampf gegen Geldwäsche und den zu erwartenden Anstieg an notleidenden Krediten und Insolvenzen.

Basel-III maßgeschneidert umsetzen

Was die globalen Basel-III-Bankenstandards betrifft, so begrüße ich die verzögerte Umsetzung aufgrund der Corona-Krise ausdrücklich. Dadurch haben die Banken und Aufseher mehr Kapazitäten erhalten, um die Realwirtschaft bestmöglich zu unterstützen. Aber klar ist: Basel-III ist zwar verschoben, aber nicht vom Tisch. Wir müssen die globalen Standards umsetzen. Es geht nicht mehr um das „ob“, sondern das „wie“ – und wir brauchen eine maßgeschneiderte Umsetzung in Europa. Die Gesetze machen das Europäische Parlament und der Rat der Mitgliedstaaten, nicht der Baseler-Ausschuss. Sowohl was unsere Struktur betrifft – das heißt eine vor allem Banken- und nicht kapitalmarktfinanzierte Wirtschaft – als auch die unterschiedlichen Geschäftsmodelle, müssen wir auf die europäischen Besonderheiten achten. Denn in Europa ist die Vielfalt der Bankenlandschaft unsere Stärke.

Was das Europaparlament in seiner Resolution vom November 2016 beschlossen hat, gilt weiterhin: „Kein signifikanter Anstieg der allgemeinen Eigenkapitalanforderun-

gen“. Bestimmte Stellschrauben stehen für mich außer Streit: Der gestärkte KMU-Unterstützungsfaktor und die Beibehaltung der CVA-Ausnahme. Diese Elemente sind für eine effektive und wettbewerbsfähige Finanzierungslandschaft in Europa nicht wegzudenken. Beim Output Floor – unserem „Elefanten im Raum“ – bleiben weiterhin alle Optionen auf dem Tisch. Klar ist: Wir brauchen eine Basel-konforme Lösung, die unsere gemeinsamen Ziele umsetzt. Auch in den Bereichen „equity investments“, „un-rated corporates“ und „specialized lending“ sind europäische Lösungen notwendig. Zur Förderung des grenzüberschreitenden Geschäfts in der Bankenunion müssen wir bei den Eigenkapital- und Liquiditätswaivern vorankommen. Gleichzeitig gilt es, die Erfahrungen aller betroffenen Stakeholder auch mit der Corona-Krise zu berücksichtigen.

Zukunft Europas gemeinsam gestalten

Dieses Jahr markiert auch den Start der Debatte um die Zukunft Europas. Dabei geht es um viel mehr als nur um die Antwort auf eine Krise. Es geht darum, unsere Zukunft gemeinsam zu gestalten. Und es geht darum, dass wir das umsetzen, was wir uns schon lange vorgenommen haben – zum Beispiel die längst überfällige Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Gehen wir ehrgeizig an die Sache heran und vergessen wir niemals: Europa – das ist niemand anderer als wir alle. Wir alle teilen die Verantwortung, unsere Europäische Union zum starken, effizienten und glaubwürdigen Sprecher des Kontinents in der Welt weiterzuentwickeln. Ich freue mich, auch in Zukunft auf die Expertise der Europäischen Bausparkassenvereinigung bauen zu können. In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit, auf ein baldiges Wiedersehen und alles Gute!

Dr. Othmar Karas,
Vizepräsident des Europäischen Parlaments



EuGH-Bericht 2020

Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof

Urteile

Rs. C-125/18: Fehlende Transparenz des an einen Referenzindex geknüpften variablen Zinses für Immobiliarkredite mit Verbrauchern

(Urteil des EuGH vom 3. März 2020)

Der EuGH hat mit Urteil vom 3. März 2020 (C-125/18), auf die Vorlage eines spanischen Gerichts, entschieden, dass eine Klausel in Immobiliarkreditverträgen mit Verbrauchern, der zufolge ein variabler Zinssatz auf der Grundlage des Index der spanischen Sparkassen anzuwenden ist, nach der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (Richtlinie 93/13/EWG), in jedem Fall auf Klarheit und Verständlichkeit zu überprüfen ist.

Dem Rechtsstreit lag folgender Sachverhalt zu Grunde:

Ein mit einem Verbraucher geschlossener Immobiliardarlehensvertrag sah einen variablen Zins vor, dessen Höhe in Abhängigkeit von einem Referenzindex bestimmt werden sollte. Dieser Referenzindex war von den spanischen Vorschriften vorgesehen und konnte von den Kreditinstituten für Immobiliardarlehen verwendet werden (im Folgenden: Referenzindex). Die Indexierung der variablen Zinsen auf der Grundlage des Referenzindex sei jedoch ungünstiger gewesen als die Indexierung anhand des Durchschnittssatzes des europäischen Interbankenhandels (Euribor), der bei 90 Prozent der in Spanien abgeschlossenen Immobiliardarlehen verwendet wird. Der gewählte Referenzzins hat für den Verbraucher zu Mehrkosten von rund 18.000 bis 21.000 Euro pro Darlehen geführt.

Der EuGH hat zunächst entschieden, dass die streitgegenständliche Zinsklausel mit Bezugnahme auf den spanischen Referenzindex in den Anwendungsbereich der

Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen fällt.

Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie sieht hierzu vor, dass die Beurteilung der Missbräuchlichkeit der Klauseln insbesondere nicht den Hauptgegenstand des Vertrags betreffe, sofern diese Klauseln klar und verständlich abgefasst sind. Ein nationales Gericht muss eine Vertragsklausel, die den Hauptgegenstand des Vertrags betrifft, stets auf Klarheit und Verständlichkeit überprüfen.

Darüber hinaus hat der EuGH entschieden, dass eine Vertragsklausel, mit der in einem Immobiliardarlehensvertrag ein variabler Zinssatz festgelegt wird, zur Einhaltung des Transparenzerfordernisses im Sinne der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen nicht nur in formeller und grammatikalischer Hinsicht nachvollziehbar sein, sondern außerdem einen „normal informierten, angemessen aufmerksamen und verständigen Durchschnittsverbraucher“ in die Lage versetzen muss, zu verstehen, wie dieser Zinssatz konkret berechnet wird. Somit muss der Verbraucher auf der Grundlage genauer und nachvollziehbarer Kriterien die möglicherweise beträchtlichen wirtschaftlichen Folgen einer solchen Klausel für seine finanziellen Verpflichtungen einschätzen können. Hierfür sind in besonderer Weise maßgebend:

- der Umstand, dass die Hauptelemente zur Berechnung des Zinssatzes für jedermann, der den Abschluss eines Hypothekendarlehens beabsichtigt, aufgrund der Veröffentlichung der Berechnungsmethode des fraglichen Satzes im Amtsblatt des betreffenden Mitgliedstaats leicht zugänglich sind,
- die Bereitstellung von Informationen über die frühere Entwicklung des Index, auf dessen Grundlage der genannte Zinssatz berechnet wird.

Schließlich erinnert der EuGH an die Befugnisse des nationalen Gerichts bei der Feststellung der Missbräuchlichkeit einer Vertragsklausel. Dem nationalen Gericht ist es nicht verwehrt, eine missbräuchliche Klausel eines mit einem Verbraucher geschlossenen Vertrags aufzuheben und sie durch eine dispositive Vorschrift des nationalen Rechts zu ersetzen, wenn das Gericht ansonsten den Vertrag mit für den Verbraucher besonders nachteiligen Folgen insgesamt für nichtig erklären müsste. Denn eine solche Nichtigkeitserklärung könnte zur Folge haben, dass der noch offene Darlehensbetrag sofort in einem Umfang fällig wird, der die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbrauchers übersteigt. Im vorliegenden Fall hat der spanische Gesetzgeber seit dem Abschluss des streitigen Darlehensvertrags einen „Ersatzindex“ mit dispositivem Charakter eingeführt. Die Richtlinie verwehrt es dem nationalen Richter nicht, bei Nichtigkeit einer missbräuchlichen Vertragsklausel, die zur Berechnung der variablen Zinsen eines Darlehens einen Referenzindex festlegt, diesen Index durch den „Ersatzindex“ zu ersetzen.

Rs. C-66/19: Verbraucherkreditverträge müssen in klarer und prägnanter Form die Modalitäten für die Berechnung der Widerrufsfrist angeben

(Urteil des EuGH vom 26. März 2020)

Mit Urteil vom 26. März 2020 hat der EuGH in der Rechtsache C-66/19 anhand eines Vorabentscheidungsverfahrens aus Deutschland entschieden, dass Verbraucherkreditverträge in klarer und prägnanter Form die Modalitäten für die Berechnung der Widerrufsfrist angeben müssen. Es reicht nicht aus, dass der Vertrag hinsichtlich der Pflichtangaben, deren Erteilung an den Verbraucher für den Beginn der Widerrufsfrist maßgeblich ist, auf eine nationale Vorschrift verweist, die selbst auf weitere nationale Rechtsvorschriften verweist (sog. „Kaskadenverweisung“).

Dem Rechtsstreit lag folgender Sachverhalt zu Grunde:

Im Jahr 2012 nahm ein Verbraucher bei der Kreissparkasse Saarlouis ein Immobiliendarlehen über 100.000 EUR mit einem bis zum 30. November 2021 gebundenen Sollzinsatz von 3,61 Prozent pro Jahr auf.

Der Kreditvertrag sieht vor, dass der Darlehensnehmer seine Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und dass diese Frist nach Abschluss des Vertrags zu laufen beginnt, aber erst, nachdem der Darlehensnehmer

alle Pflichtangaben erhalten hat, die eine bestimmte Vorschrift des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) vorsieht. Diese Angaben, deren Erteilung an den Verbraucher indessen für den Beginn der Widerrufsfrist maßgeblich ist, führt der Vertrag somit nicht selbst auf. Er verweist lediglich auf eine deutsche Rechtsvorschrift, die selbst auf weitere Vorschriften des deutschen Rechts verweist. Die vertragliche Formulierung der Widerrufsinformation lautet: *Die Widerrufsfrist beginnt „nach Abschluss des Vertrags, aber erst, nachdem der Darlehensnehmer alle Pflichtangaben nach § 492 Abs. 2 BGB (z.B. Angaben zur [...]) erhalten hat“.*

Anfang 2016 erklärte der Verbraucher gegenüber der Kreissparkasse den Widerruf seiner Vertragserklärung. Die Kreissparkasse ist der Ansicht, dass sie den Verbraucher ordnungsgemäß über sein Widerrufsrecht belehrt habe und die Frist für die Ausübung dieses Rechts bereits abgelaufen gewesen sei.

Das vom Verbraucher angerufene LG Saarbrücken fragte sich, ob der Verbraucher über die Frist, während der er sein Widerrufsrecht ausüben kann, korrekt informiert worden ist. Es hat daher den EuGH um Auslegung der Richtlinie über Verbraucherkreditverträge ersucht.

Das LG Saarbrücken war sich bewusst, dass die Verbraucherkreditrichtlinie nicht für grundpfandrechtlich gesicherte Kreditverträge wie denjenigen gilt, der Gegenstand des bei ihm anhängigen Rechtsstreits ist. Der deutsche Gesetzgeber habe jedoch die Wahl getroffen, die Regelungen der Richtlinie auch auf derartige Verträge anzuwenden. Das LG Saarbrücken vertrat daher die Auffassung, dass eine Antwort des EuGH zur Entscheidung des Rechtsstreits erforderlich sei. Der EuGH hielt seine Anrufung für legitim, um eine einheitliche Auslegung der deutschen Rechtsvorschriften zu gewährleisten.

Urteil des EuGH:

Der EuGH folgte in seinem Urteil vom 26. März 2020 den Bedenken des LG Saarbrücken und entschied, dass es Art. 10 Abs. 2 lit. p der Verbraucherkreditrichtlinie entgegenstehe, dass ein Kreditvertrag hinsichtlich der in Art. 10 der Richtlinie genannten Angaben auf eine nationale Vorschrift verweise, die selbst auf weitere Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats verweise.

Nach Art. 10 Abs. 2 lit. p der Verbraucherkreditrichtlinie müsse der Kreditgeber im Kreditvertrag „in klarer, prägnanter

nanter Form“ nicht nur die Frist für die Ausübung des Widerrufsrechts angeben, sondern auch über „die anderen Modalitäten für die Ausübung des Widerrufsrechts“, also auch über die Modalitäten für die Berechnung der Widerrufsfrist, informieren. Allenfalls würde die Wirksamkeit des Widerrufsrechts ernsthaft geschwächt.

Im Falle einer Kaskadenverweisung kann der Verbraucher auf der Grundlage des Vertrags nämlich weder den Umfang seiner vertraglichen Verpflichtung bestimmen noch überprüfen, ob der von ihm abgeschlossene Vertrag alle erforderlichen Angaben enthält, und erst recht nicht, ob die Widerrufsfrist, über die er verfügen kann, für ihn zu laufen begonnen hat.

Im vorliegenden Fall stellt der EuGH fest, dass der im fraglichen Vertrag enthaltene Verweis auf die deutschen Rechtsvorschriften (siehe Zitat oberhalb) nicht dem Erfordernis genügt, den Verbraucher in klarer und prägnanter Form über die Frist und die anderen Modalitäten für die Ausübung des Widerrufsrechts zu informieren.

Rs. C-301/18: Fehlender Anspruch des Darlehensnehmers auf Nutzungsersatz nach Widerruf von im Fernabsatz geschlossenen Verbraucherdarlehensverträgen („Leonhard“)
(Urteil des EuGH vom 4. Juni 2020)

Der EuGH entschied am 4. Juni 2020 mit Urteil in dem Vorabentscheidungsverfahren Leonhard gegen DSL-Bank zur Frage der Berechtigung eines Nutzungsanspruchs aufgrund der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher (2002/65/EG).

Das Urteil ist aufgrund einer Vorlage des LG Bonn vom 17. April 2018 (17 O 146/17) und ohne Schlussanträge des Generalanwalts ergangen. Da die einzige Vorlagefrage mit der dritten Vorlagefrage in dem ebenfalls vom LG Bonn vorgelegten Romano-Verfahren (C 143/18) identisch war, war das vorliegende Verfahren zunächst bis zur Verkündung dieses EuGH-Urteils vom 11. September 2019 ausgesetzt worden.

Der klagende Darlehensnehmer Leonard hatte bei der DSL-Bank im Jahr 2005 zwei grundpfandrechtlich gesicherte Verbraucherdarlehensverträge im Fernabsatz (als Fernabsatz über Finanzdienstleistungen im Sinne von § 312b deutsches Bürgerliches Gesetzbuch) abgeschlossen. Der Darlehensnehmer erklärte gegenüber der DSL-

Bank im Jahr 2015 den Widerruf dieser Darlehen und klagte auf Feststellung der Wirksamkeit seines Widerrufs sowie auf Verurteilung der DSL-Bank zur Zahlung von Nutzungsersatz auf die Zinsen, die er bis zum Widerruf an die DSL-Bank gezahlt hatte.

Der EuGH hat entschieden, dass ein Anspruch auf Nutzungsersatz nicht mit Art. 7 der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher vereinbar sei.

Aus Art. 7 Abs. 4 der Richtlinie folge, dass der Darlehensnehmer die Erstattung der zur Erfüllung des Darlehensvertrags gezahlten Tilgungs- und Zinsbeträge, nicht aber Nutzungsersatz auf diese Beträge, verlangen könne. Denn der Wortlaut des Art. 7 Abs. 4 der Richtlinie sei unmissverständlich und sehe eine Pflicht des Anbieters vor, dem Verbraucher (ausschließlich) jeden Betrag zu erstatten, den er „von diesem gemäß dem Fernabsatzvertrag erhalten“ hat.

Weder Art. 7 Abs. 4 noch eine andere Vorschrift der Richtlinie sehe vor, dass der Darlehensgeber verpflichtet wäre, über die Erstattung der vom Verbraucher gezahlten Tilgungs- und Zinsbeträge hinaus auch Nutzungsersatz an den Verbraucher zu leisten. Insbesondere aus Art. 1 Abs. 1 und Erwägungsgrund 13 der Richtlinie ergebe sich, dass diese Richtlinie insoweit eine Vollharmonisierung bewirke.

Rs. C-639/18: Nichtbestehen eines Fernabsatzwiderrechts bei einer Anschlusszinsvereinbarung
(Urteil des EuGH vom 18. Juni 2020)

Bezugnehmend auf die EuGH-Vorlage eines deutschen Gerichts vom 7. September 2018 (12 O 92/18) hat der EuGH mit Urteil vom 18. Juni 2020 (Rechtssache C-639/18) die deutsche Kreditpraxis bestätigt und den Fernabsatzwiderruf nach der Fernabsatz-Richtlinie für Finanzdienstleistungen (Richtlinie 2002/65/EG vom 23. September 2002) für Anschlusszinsvereinbarungen abgelehnt.

Bei Anschlusszinsvereinbarungen, bei denen ein bestehender Darlehensvertrag (in der Regel mit Ablauf einer Festzinsvereinbarung) ausschließlich hinsichtlich der vereinbarten Verzinsung geändert wird, liege kein „Finanzdienstleistungen betreffender Vertrag“ im Sinne des Art. 2 Buchst. a der Richtlinie 2002/65/EG vor.

Nach der Definition in Art. 2 Buchst. b dieser Richtlinie umfasse der Begriff „Finanzdienstleistung“ jede Bankdienstleistung sowie jede Dienstleistung im Zusammenhang mit einer Kreditgewährung, Versicherung, Altersversorgung von Einzelpersonen, Geldanlage oder Zahlung. Bei Kreditverträgen sei nach ständiger Rechtsprechung des EuGH die Gewährung des Darlehens die charakteristische Verpflichtung, wohingegen die Verpflichtung des Darlehensnehmers, dieses Darlehen zurückzuzahlen, nur die Folge der Leistung des Darlehensgebers sei.

Entscheidend sei zudem, dass nach Art. 1 Abs. 2 Unterabs. 1 dieser Richtlinie bei Verträgen über Finanzdienstleistungen, die eine „erstmalige Dienstleistungsvereinbarung“ mit anschließenden Vorgängen umfassen, die Bestimmungen dieser Richtlinie nur für die erste Vereinbarung gelten. Im 17. Erwägungsgrund heiße es hierzu, dass die Erweiterung einer ersten Vereinbarung um neue Komponenten nicht ein „Vorgang“, sondern ein Zusatzvertrag ist, auf den diese Richtlinie Anwendung findet.

Vor diesem Hintergrund sei die Festlegung eines neuen Zinssatzes durch eine Anschlusszinsvereinbarung in Erfüllung einer bereits im ursprünglichen Vertrag vorgesehenen Neuverhandlungsklausel, wonach für den Fall des Nichtzustandekommens einer neuen Zinsvereinbarung eine variable Verzinsung gelten solle, weder einen Vorgang im Sinne von Art. 1 Abs. 2 Unterabs. 1 der Richtlinie 2002/65 noch eine Erweiterung der erstmaligen Vereinbarung.

Im Übrigen sehe Art. 3 der Richtlinie vor, dass der Verbraucher insbesondere über die Identität des Anbieters oder die wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung, einschließlich des Bestehens oder Nichtbestehens eines Widerrufsrechts umfassend zu informieren sei. Im Fall einer Änderungsvereinbarung, die lediglich den Zinssatz betrifft, wäre eine erneute Information des Verbrauchers über diese Aspekte sinnlos.

Rs. C-224/19 und C-259/19: Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherdarlehensverträgen

(Urteil des EuGH vom 16. Juli 2020)

Auf Vorabentscheidungsersuchen zweier spanischer Gerichte entschied der EuGH über mehrere Fragen und zur Vereinbarkeit von Klauseln in Verbraucherdarlehensverträgen mit den Vorgaben der Klauselrichtlinie (Richtlinie

93/13/EWG). Überdies entschied er in diesem Zusammenhang auch zur grundsätzlichen Rechtmäßigkeit einer nationalen Verjährungsfrist bei der Geltendmachung von Erstattungsansprüchen und zur Unrechtmäßigkeit, einem Verbraucher – trotz Obsiegens in einem Verfahren – Verfahrenskosten aufzuerlegen.

In den zugrundeliegenden Fällen hatten die Darlehensnehmer jeweils einen Hypothekendarlehensvertrag mit einem Kreditinstitut abgeschlossen. Beide Verträge enthielten eine Klausel, nach der die gesamten Kosten für die Bestellung, Beurkundung und Löschung der Hypothek vom Darlehensnehmer zu tragen sind. In der Rechtssache C-224/19 enthielt der Vertrag zusätzlich eine Klausel, wonach bei Vertragsabschluss eine Bereitstellungsprovision in Höhe von einem Prozent des Darlehensbetrags zu begleichen ist. In beiden Verfahren haben die Darlehensnehmer Klage erhoben, um die entsprechenden Klauseln wegen Missbräuchlichkeit für nichtig zu erklären und sich die in Anwendung dieser Klauseln gezahlten Beträge erstatten zu lassen. Die zuständigen Gerichte haben die Verfahren ausgesetzt und dem EuGH mehrere Vorlagefragen vorgelegt.

Mit der ersten Vorlagefrage wollen die vorlegenden Gerichte wissen, ob Art. 6 Abs. 1 und Art. 7 Abs. 1 der Klauselrichtlinie es einem nationalen Gericht verbieten, trotz Nichtigkeit einer missbräuchlichen Vertragsklausel, nach der der Verbraucher die gesamten Kosten für die Bestellung und Löschung einer Hypothek zu zahlen hat, dem Verbraucher die Erstattung der gezahlten Beträge zu versagen.

Der EuGH führt dazu aus, dass das nationale Gericht grundsätzlich verpflichtet sei, eine missbräuchliche Vertragsklausel, nach der Beträge zu zahlen sind, die sich als rechtsgrundlos herausstellen, für nichtig zu erklären und dass diese Verpflichtung grundsätzlich Restitutionswirkung hinsichtlich dieser Beträge entfalte. Insofern dürfe ein nationales Gericht gem. Art. 6 Abs. 1 und Art. 7 Abs. 1 der Klauselrichtlinie dem Verbraucher die Rückerstattung dieser Beträge grundsätzlich nicht versagen.

Lägen allerdings nationale Rechtsvorschriften vor, die dem Darlehensnehmer die Gesamtheit oder einen Teil der Kosten für die Bestellung und Löschung einer Hypothek auferlegen, könne es zu rechtfertigen sein, dass diese Normen zur Anwendung kämen. Art. 6 Abs. 1 und Art. 7 Abs. 1 der Klauselrichtlinie stünden der Anwendung entsprechender nationaler Regelungen nicht entgegen.

In der Rechtssache C-224/19 möchte das Gericht zudem wissen, ob Art. 3, Art. 4 Abs. 2 und Art. 5 der Klauselrichtlinie dahin auszulegen sind, dass sie einer nationalen Rechtsprechung entgegenstehen, nach der die Beurteilung der Missbräuchlichkeit einer Vertragsklausel, die dem Verbraucher die Zahlung einer Bereitstellungsprovision auferlegt, ausgeschlossen ist, weil diese Provision gemäß Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie Bestandteil des Preises des Vertrags ist und somit dem in Art. 4 Abs. 2 aufgestellten Transparenzerfordernis genügt.

In diesem Zusammenhang wies das vorlegende Gericht darauf hin, dass der spanische Gesetzgeber Art. 4 Abs. 2 der Klauselrichtlinie nicht umgesetzt habe, was aus Sicht des EuGH für die Beantwortung der Frage jedoch irrelevant sei.

Zum einen stellt der EuGH klar, dass eine Klausel ohnehin nur dann von einer Prüfung auf ihre Missbräuchlichkeit ausgenommen sei, wenn sie nach Art. 4 Abs. 2 der Klauselrichtlinie Hauptgegenstand des Vertrags sei oder die Angemessenheit zwischen dem Preis und der Gegenleistung regle und die Klausel zusätzlich klar und verständlich sei. Hauptgegenstand des Vertrags seien diejenigen Klauseln, die die Hauptleistungen des Vertrags festlegten und ihn als solche charakterisierten. Die entsprechende Prüfung müsse durch das vorlegende Gericht erfolgen, wobei der EuGH darauf hinweist, dass eine Bereitstellungsprovision nicht allein deshalb als eine Hauptleistung eines Hypothekendarlehensvertrags angesehen werden könne, weil sie in dessen Gesamtkosten enthalten sei.

Zum anderen müsse das Gericht eine Klausel zumindest stets nach Art. 5 der Richtlinie auf Klarheit und Verständlichkeit prüfen, selbst wenn die Klausel unter Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie falle oder der Mitgliedstaat die Vorschrift erst gar nicht umgesetzt habe.

Folglich stünden Art. 4 Abs. 2 und Art. 5 der Klauselrichtlinie einer Rechtsprechung entgegen, nach der eine Vertragsklausel an und für sich als transparent gilt, ohne dass es einer Prüfung auf Klarheit und Verständlichkeit bedürfe.

Des Weiteren möchte das Gericht wissen, ob im Sinne von Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie eine Klausel in einem Verbraucherdarlehensvertrag, nach der der Verbraucher eine Bereitstellungsprovision zu zahlen hat, entgegen dem Gebot von Treu und Glauben ein erhebliches und ungerechtfertigtes Missverhältnis der vertraglichen Rechte und Pflichten zum Nachteil des Verbrauchers verursacht,

wenn das Finanzinstitut nicht nachweist, dass die Provision tatsächlich erbrachten Dienstleistungen und ihm entstandenen Kosten entspricht.

Ob dem Gebot von Treu und Glauben genüge getan werde, müsse das nationale Gericht, nach Ansicht des EuGH, im Lichte des 16. Erwägungsgrundes der Richtlinie bewerten. Danach sei zu prüfen, ob sich der Verbraucher bei individuellen Verhandlungen auf eine solche Klausel eingelassen hätte. Im Übrigen müsse das Gericht die etwaige Missbräuchlichkeit der entsprechenden Klausel anhand der Kriterien von Art. 4 Abs. 1 der Klauselrichtlinie beurteilen. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass das spanische Recht verlange, dass auf den Kunden abgewälzte Provisionen oder Kosten tatsächlich erbrachten Dienstleistungen oder entstandenen Kosten entsprechen müssen.

Folglich könne eine Klausel, die dazu führe, dass der Verwender von der Pflicht befreit wird, nachzuweisen, dass die Bereitstellungsprovision tatsächlich erbrachten Dienstleistungen und ihm entstandenen Kosten entspricht, die Rechtsstellung des Verbrauchers nachteilig berühren und infolgedessen entgegen dem Gebot von Treu und Glauben ein erhebliches Missverhältnis zu dessen Nachteil verursachen.

Das Gericht möchte überdies wissen, ob Art. 6 Abs. 1 und Art. 7 Abs. 1 der Richtlinie einer nationalen Rechtsprechung entgegenstehen, nach der die Erhebung der Klage, mit der die Rückerstattung der Beträge aufgrund der Nichtigkeit einer missbräuchlichen Vertragsklausel geltend gemacht werden soll, einer Verjährungsfrist unterliegt, obwohl die Klage auf Feststellung der Nichtigkeit einer missbräuchlichen Klausel nicht verjähren kann.

Hierzu habe der EuGH bereits anerkannt, dass der Verbraucherschutz nicht absolut und die Festsetzung angemessener Ausschlussfristen für die Rechtsverfolgung im Interesse der Rechtssicherheit mit dem Unionsrecht vereinbar sei.

Insoweit sei festzustellen, dass mangels spezifischer Vorschriften des Unionsrechts die Modalitäten der Umsetzung des in den Art. 6 Abs. 1 und 7 Abs. 1 der Klauselrichtlinie vorgesehenen Verbraucherschutzes nach dem Grundsatz der Verfahrenautonomie der Mitgliedstaaten Sache ihrer innerstaatlichen Rechtsordnungen sei. Diese Modalitäten dürften jedoch nicht ungünstiger sein als diejenigen, die gleichartige Sachverhalte innerstaatlicher Art

regeln (Äquivalenzprinzip) und die Ausübung der durch die Gemeinschaftsrechtsordnung verliehenen Rechte nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren (Effektivitätsprinzip).

Folglich stünde das Unionsrecht einer nationalen Regelung, die zwar vorsieht, dass die Klage auf Feststellung der Nichtigkeit einer missbräuchlichen Klausel in einem Vertrag zwischen einem Gewerbetreibenden und einem Verbraucher nicht verjährt, aber die Klage, mit der die Restitutionswirkungen dieser Feststellung geltend gemacht werden sollen, einer Verjährungsfrist unterwirft, nicht entgegen, sofern sie die Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität einhalte.

Abschließend möchte das Gericht wissen, ob Art. 6 Abs. 1 und Art. 7 Abs. 1 der Richtlinie einer Regelung entgegenstehen, nach der es möglich ist, dem Verbraucher entsprechend der Höhe der rechtsgrundlos gezahlten Beträge, die ihm infolge der Nichtigerklärung einer Vertragsklausel wegen ihrer Missbräuchlichkeit erstattet werden, einen Teil der Verfahrenskosten aufzuerlegen.

Der EuGH bejaht diese Frage, da eine Regelung nach der es möglich sei, dem Verbraucher einen Teil der Verfahrenskosten entsprechend der Höhe der rechtsgrundlos gezahlten Beträge aufzuerlegen, ein erhebliches Hindernis schaffe, das geeignet sei, die Verbraucher davon abzuhalten, das von der Richtlinie gewährte Recht auf eine effektive gerichtliche Kontrolle der etwaigen Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln auszuüben.

Rs. C-686/19: Auslegung des Begriffs „Gesamtkosten des Kredits für Verbraucher“

(Urteil des EuGH vom 16. Juli 2020)

Der EuGH hat entschieden, dass der Begriff „Gesamtkosten des Kredits für den Verbraucher“ in Art. 3 Buchst. g der Verbraucherkreditrichtlinie (Richtlinie 2008/48/EG über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG) dahin auszulegen sei, dass er die Kosten für eine etwaige Verlängerung des Kredits umfasse, sofern die konkreten Bestimmungen über eine etwaige Kreditverlängerung Teil der vereinbarten Vertragsbedingungen seien und dem Kreditgeber bekannt seien.

Im zugrundeliegenden Sachverhalt verhängte die lettische Verbraucherschutzbehörde eine Geldbuße gegen ein

Kreditinstitut, da dieses Verbrauchern Kreditverträge anbiete, deren Gesamtkosten pro Tag bei einer Verlängerung der Kreditlaufzeit nicht dem nationalen Verbraucherschutzgesetz entsprächen. Nach Ansicht der Behörde müssten die Kosten für die Kreditverlängerung, den Gesamtkosten des Kredits hinzugerechnet werden, da die Bestimmungen über die Kreditverlängerung Teil der vereinbarten Vertragsklauseln seien. Nachdem die Instanzgerichte die Klage des Kreditinstituts auf Nichtigerklärung des Bescheids abgewiesen hatten, legte dieses Berufung beim obersten lettischen Gerichtshof ein. In dieser macht es geltend, dass die Verlängerungsgebühren nicht in die Gesamtkosten des Kredits einbezogen würden, da bei Vertragsabschluss, d. h. zum Zeitpunkt, zu dem die Gesamtkosten des Kredits bestimmt und der effektive Jahreszins berechnet würde, nicht bekannt sei, ob es zu einer Verlängerung des Kredits kommen werde.

Der Gerichtshof hat das Verfahren daraufhin ausgesetzt und möchte vom EuGH wissen, ob die Kosten für die Verlängerung eines Kredits von Art. 3 Buchst. g der Verbraucherkreditrichtlinie umfasst werden, sofern die Bestimmungen über eine etwaige Kreditverlängerung Teil der vereinbarten Klauseln und Bedingungen des geschlossenen Kreditvertrags sind.

Der EuGH weist darauf hin, dass der Begriff „Gesamtkosten des Kredits für den Verbraucher“ nach dem Wortlaut von Art. 3 Buchst. g der Verbraucherkreditrichtlinie *„sämtliche Kosten, einschließlich (...) Kosten jeder Art (...) die der Verbraucher im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag zu zahlen hat und die dem Kreditgeber bekannt sind“* umfasse und das hierin *„Kosten für Nebenleistungen im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag (...) ebenfalls“* enthalten seien. Der Unionsgesetzgeber habe den Begriff der „Gesamtkosten des Kredits für den Verbraucher“ weit definiert, sodass auch Kosten über die Vertragslaufzeit und ihre Aufschlüsselung unter diesen Begriff fielen. Daraus folge, dass der Begriff sowohl die mit der Gewährung des Kredits verbundenen Kosten als auch die Kosten im Zusammenhang mit seiner Verwendung im Laufe der Zeit erfasse. Zusätzlich müsse der Vertrag die Voraussetzungen für die Verlängerung genau benennen und dem Kreditgeber müssten die Kosten für die Verlängerung bekannt, d. h. bestimmt oder bestimmbar sein.

Dem Einwand, dass die Kosten für die Vertragsverlängerung nicht unter den Begriff „Gesamtkosten des Kredits für den Verbraucher“ fielen, da die Verlängerung bei Ver-

tragsabschluss nicht sicher sei, entgegnet der EuGH, dass die „Gesamtkosten des Kredits für den Verbraucher“ nach Art. 3 Buchst. i der Verbraucherkreditrichtlinie dem effektiven Jahreszins entsprächen. Dieser wiederum müsse gem. Art. 10 Abs. 2 Buchst. g der Verbraucherkreditrichtlinie bei Abschluss des Kreditvertrags zwingend mitanzugeben sein, wobei sämtliche Annahmen in die Berechnung des Zinses einzufließen hätten.

Die Nennung verschiedener Fälle für die Berechnung des effektiven Jahreszinses ermögliche es darüber hinaus, das in Art. 5 Abs. 1 der Verbraucherkreditrichtlinie genannte Ziel zu erreichen, das die Information betrifft, die der Verbraucher benötigt, um verschiedene Angebote zu vergleichen. Dabei müsse es ihm möglich sein, diesen Vergleich unter Berücksichtigung des effektiven Jahreszinses je nach den verschiedenen Laufzeiten der ihm unterbreiteten Angebote vorzunehmen.

Schließlich ergebe sich auch aus dem Wortlaut von Art. 5 Abs. 1 Buchst. i bzw. Art. 10 Abs. 2 Buchst. k der Verbraucherkreditrichtlinie, dass jene Bestimmungen *„sonstige Entgelte aufgrund des Kreditvertrags und die Bedingungen, unter denen diese Entgelte geändert werden können“* erfassen.



Jahreschronologie 2020

Januar

01.01.2020

Ratspräsidentschaft

Kroatien übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

22.01.2020

Europäische Bankenaufsichtsbehörde

Die EBA beruft den neuen Beratungsausschuss zur Proportionalität ein, um das Board of Supervisors zu beraten. Schwerpunkt dabei ist die Frage, wie Aktionen und Maßnahmen der EBA den spezifischen Unterschieden Rechnung tragen sollen, die im Bankensektor in Bezug auf Art, Umfang und Komplexität der Risiken, auf Geschäftsmodelle und -praxis sowie auf die Größe der Finanzinstitute bestehen.

23.01.2020

Nachhaltige Finanzierung

Die Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschuss und des Umweltausschuss nehmen die Trilogieeinigung zur Taxonomie-Verordnung ((EU)2020/852) final an.

29.01.2020

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2020

Die Europäische Kommission stellt ihr Arbeitsprogramm für 2020 vor. Als Prioritäten werden ökologischer und digitaler Wandel adressiert. Die dazugehörigen Herausforderungen sollen als Chancen für Europa genutzt werden. Dabei soll insbesondere auf einen gerechten Übergang geachtet werden.

Februar

01.02.2020

Europäisches Parlament

Die Anzahl und Verteilung der Sitze im Europäischen Parlament ändern sich aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Die Zahl der Sitze sinkt von 751 (die vom EU-Vertrag vorgegebene Höchstzahl) auf 705. Von den 73 Sitzen Großbritanniens wurden 27 auf einige der Mitgliedstaaten umverteilt. Die restlichen 46 werden für künftige EU-Erweiterungen in Reserve gestellt.

11.02.2020

Europäisches Parlament

Der Jahresbericht der Europäischen Zentralbank wird im Plenum in Anwesenheit der EZB-Präsidentin Lagarde vorgestellt. Frau Lagarde unterstreicht in ihrer Rede, dass Umweltrisiken bei der Arbeit der EZB eine Rolle spielen werden. Dazu gehöre auch, dass untersucht werden muss, ob und wie der europäische Bankenmarkt mit dem Klimawandel zurechtkommt. Zusätzlich bekräftigt sie ihre Ambition eine

vollständigen Bankenunion, getragen von einer Europäischen Einlagensicherung, zu finalisieren. Darüber hinaus verpflichtet sie sich dazu, eine bessere Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit zu pflegen und ähnlich wie Europäische Kommissare, die Bürgerdialoge führen, ebenfalls solche ähnlichen Dialoge zu organisieren.

20.02.2020 Europäischer Rat

Die Staats- und Regierungschefs der EU kommen in Brüssel zusammen, um den langfristigen Haushalt der EU für die Jahre 2021-2027 zu erörtern.

26.02.2020 Nichtfinanzielle Berichterstattung

Die Europäische Kommission veröffentlicht eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie zur nichtfinanziellen Berichterstattung (2014/95/EU).

März

23.03.2020 ECOFIN Treffen

Die Finanzminister der Mitgliedstaaten der EU stimmen mit der Einschätzung der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung vom 20. März 2020 überein, dass die Bedingungen für die Anwendung der allgemeinen Ausweichklausel des finanzpolitischen Rahmens der EU erfüllt sind. Die Minister und die Europäische Kommission kommen zusätzlich überein, bei der Durchführung der nächsten Schritte des diesjährigen Europäischen Semesters aufgrund der Covid-19-Krise einen flexiblen und pragmatischen Ansatz zu verfolgen.

26.03.2020 Europäischer Rat

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten verhandeln in Brüssel über die Variante, den ESM zur Stützung der Covid-19 bedingten angespannten Staatshaushalte einzusetzen. Die Staats- und Regierungschefs konnten sich über den Einsatz des ESM nicht einigen. Stattdessen hat der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen die Euro-Gruppe aufgefordert, in den nächsten zwei Wochen Vorschläge vorzulegen.

Europäisches Parlament

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, adressiert in ihrer Rede im Europäischen Parlament die aktuellen Probleme, mit denen die EU derzeit konfrontiert ist. Sie weist nochmals daraufhin, dass die Kommission entschlossen sei, den Mitgliedsstaaten bei der Überwindung der Corona-Krise zu helfen. Sie kritisiert auch, dass die Mitgliedstaaten individuelle Maßnahmen ergreifen, anstatt einen gemeinsamen EU-Ansatz zu verfolgen. Das Europäische Parlament nimmt den Vorschlag der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Covid-19-Krise („Corona Response Investment Initiative“) an. Mit dieser 37 Milliarden Euro schweren Initiative sollen aus den verfügbaren EU-Mitteln die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten unterstützt werden und der Wirtschaftsabschwung abgefedert werden. Der Bericht des Rechtsausschusses vom Dezember 2018 wird vom Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt.

30.03.2020 Baseler Ausschuss

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS), beschließt die Implementierungsfrist für die Umsetzung des finalen Basel III-Rahmenwerks um ein Jahr bis zum 1. Januar 2023 zu verlängern.

April

02.04.2020 **Europäische Bankenaufsichtsbehörde**

Die EBA veröffentlicht Leitlinien, wie mit legislativen und nichtlegislativen Moratorien für Kreditrückzahlungen im Zuge der Corona-Pandemie umzugehen sei. Dabei legt sie einen Kriterienkatalog vor, der auflistet, welche Anforderungen Zahlungsmoratorien im Detail erfüllen müssen, damit sie keine forbearance Maßnahmen beziehungsweise notleidende Umstrukturierung auslösen.

06.04.2020 **Finanztransaktionssteuer (FTT)**

Der deutsche Finanzminister Olaf Scholz informiert den EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni über Fortschritte bei den Verhandlungen über die Einführung einer FTT.

08.04.2020 **Nachhaltige Finanzierung**

Die Europäische Kommission veröffentlicht eine Konsultation zu einer neuen sustainable finance Strategie, welche im ersten Quartal 2021 veröffentlicht werden soll.

23.04.2020 **Europäischer Rat**

Die Staats- und Regierungschefs billigen in ihrer vierten Videokonferenz über die Bewältigung der Corona-Pandemie drei Sicherheitsnetze in Form eines Pakets im Umfang von 540 Mrd. EUR (100 Mrd. Euro Kredithilfe für nationale Kurzarbeitssysteme „SURE“, 200 Mrd. Euro neue Kreditlinien der Europäischen Investitionsbank, um Unternehmen zu stützen, 240 Mrd. Euro vom Euro-Rettungsschirm ESM zur Stützung nationaler Gesundheitssysteme und zur Deckung anderer unmittelbar durch die Corona-Pandemie verursachte medizinische Ausgaben).

Mai

08.05.2020 **Geldwäschebekämpfung**

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Aktionsplan zur Geldwäschebekämpfung. In dem Aktionsplan bleibt zunächst offen, ob eine eigene Behörde zur Geldwäschebekämpfung bestimmt werden soll, oder z.B. die EBA weitere Befugnisse sowie Personal erhalten soll.

11.05.2020 **Europäischer Green Deal**

Die Europäische Kommission veröffentlicht ihre Roadmap zu einer Initiative für eine europaweite Renovierungswelle mit dem Titel „A Renovation Wave initiative for public and private buildings“.

13.05.2020 **Europäisches Parlament**

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, bestätigt zu wiederholtem Mal, dass der neue MFR (Mehrjähriger Finanzrahmen) vor allem in den ersten Jahren für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft genutzt werden soll.

18.05.2020 **CRR QuickFix**

Die Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschuss besprechen den Vorschlag der Europäischen Kommission im Europäischen Parlament.

-
- 22.05.2020** **Nachhaltige Finanzierung**
Die EZB veröffentlicht eine Konsultation zu einem EZB Leitfaden zu Klima- und Umweltrisiken. In dem Leitfaden erklärt die EZB, wie sie von den Banken erwartet, dass sie mit Klima- und Umweltrisiken sicher umgehen und diese Risiken unter den derzeitigen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen transparent offenlegen.
-
- 27.05.2020** **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2020**
Die Europäische Kommission stellt ihr Covid-19 bedingt abgeändertes Arbeitsprogramm für 2020 vor.
-
- 29.05.2020** **Kreditvergabe und Überwachung**
Die EBA veröffentlicht Leitlinien zur Kreditvergabe und Überwachung (EBA/GL/2020/06).

Juni

-
- 17.06.2020** **Nachhaltige Finanzierung**
Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments nehmen die Taxonomie-Verordnung ((EU)2020/852) im Plenum final an.
-
- 18.06.2020** **CRR QuickFix**
Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments nehmen die Änderung zur CRR und CRR II „CRR quick-fix“ im Plenum final an.

Europäisches Parlament
Die Abgeordneten stimmen der Einrichtung des Unterausschusses „Steuern und Finanzkriminalität“ zu.
-
- 22.06.2020** **Nachhaltige Finanzierung**
Die Taxonomie-Verordnung ((EU)2020/852) wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.
-
- 23.06.2020** **Verbandsklagen**
Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten einigen sich in den Trilogverhandlungen auf eine gemeinsame Position zu Verbandsklagen.
-
- 30.06.2020** **Verbraucherschutz**
Die Europäische Kommission veröffentlicht eine Konsultation zur neuen europäischen Verbraucheragenda.

CRR QuickFix
Die Änderungen an der CRR und CRR II (QuickFix) werden im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

Juli

01.07.2020

Ratspräsidentschaft

Deutschland übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

08.07.2020

Europäische Bankenaufsicht

Francois-Louis Michaud wird vom Plenum des Europäischen Parlaments mehrheitlich zum neuen Exekutivdirektor der EBA gewählt.

17.-21.07.2020

Europäischer Rat

Die Staats- und Regierungschefs einigen sich bezüglich des MFR sowie des Next Generation EU zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der EU.

23.07.2020

Europäisches Parlament

Die Abgeordneten diskutieren in der Sonderplenarsitzung die Einigung des EU-Gipfels vom 17. bis 21. Juli über den MRF für 2021-2027 und den Corona-Aufbauplan und stimmen über eine Entschließung zum Abschluss der Debatte ab.

August

12.08.2020

Europäische Bankenaufsichtsbehörde

Die EBA veröffentlicht Leitlinien zu den Auswirkungen von CRR-Anpassungen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie auf die aufsichtliche Meldung und Offenlegung.

September

02.09.2020

Europäisches Parlament: Aussprache mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz

Olaf Scholz spricht in seiner Funktion als Vorsitzender des Rats für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Laut Scholz soll die fiskalische Integration der EU vorangetrieben werden. Ebenfalls seien Fortschritte im Bereich der Bankenunion sowie der Kapitalmarktunion notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der Realwirtschaft zu stärken. Auch die Diskussion zu Basel III müsse vertieft werden. Schließlich sei eine effiziente Aufsichtsstruktur notwendig, um Geldwäschdelikte erfolgreich bekämpfen zu können. Scholz unterstütze hier eine Stärkung der europäischen Aufsichtskompetenzen.

10.09.2020

Geldwäschebekämpfung

Im Rahmen der Arbeiten zur EU-weiten Geldwäschebekämpfung hat die Europäische Kommission die Europäische Bankenaufsichtsbehörde um einen sogenannten „call for advice“ gebeten. In dem cfa geht es vorrangig darum, wie der EU-Rechtsrahmen zur Geldwäschebekämpfung gestärkt werden sollte, um Schwachstellen im Zusammenhang mit unterschiedlichen nationalen Ansätzen und Lücken zu beseitigen.

16.09.2020 **State of the Union Rede von Ursula von der Leyen**

In ihrer Rede zur Lage der Union („State of the Union speech“) geht Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, auf die Projekte der Europäischen Kommission in den nächsten 12 Monaten ein. Um die Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken, seien neben Strukturreformen auch eine Vollendung der Kapitalmarktunion (CMU) sowie der Bankenunion nötig. Hierbei führt von der Leyen kurz zur CMU aus, ohne näher auf die Bankenunion, bzw. EDIS, einzugehen. Zur Stärkung des Binnenmarktes kündigte die Kommissionspräsidentin eine neue Strategie zur Zukunft des Schengen-Raums an. Beim Thema Nachhaltigkeit gibt von der Leyen das Ziel an, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Vergleichswert von 1990 zu senken. Dies würde die EU in die Position bringen, sowohl das Pariser Klimaabkommen als auch das selbstgesteckte Ziel eines CO₂-neutralen Kontinents bis 2050 zu erreichen. Hierzu kündigt sie an, bis zum Sommer nächsten Jahres alle EU-Gesetze, die im Zusammenhang mit Klimavorgaben stehen, auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen. Ferner sollen 37 Prozent des geplanten Wiederaufbauplans, „Next Generation EU“, für Investitionen ausgegeben werden, die direkt mit den Zielen des „Green Deals“ in Verbindung stünden. Darüber hinaus solle die Refinanzierung des Wiederaufbauplans zu 30 Prozent über „green bonds“ erfolgen. Auch ein Referenzrahmen für „green bonds“ solle geschaffen werden. Weiterhin betont sie die Rolle des Gebäudesektors, der 40 Prozent der CO₂-Emissionen verursache. Durch den Wiederaufbauplan solle hier der sog. „Renovierungswelle“ Schwung verliehen werden.

24.09.2020 **Kapitalmarktunion**

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Aktionsplan zur Kapitalmarktunion. Dieser basiert auf einem Bericht der hochrangigen Expertengruppe, beinhaltet 16 Punkte und befasst sich unter anderem mit der finanziellen Bildung der EU-Bürger. Hier geht die Europäische Kommission darauf ein, dass Europa eine der höchsten individuellen Sparquoten der Welt hat, die Beteiligung von Privatanlegern an den Kapitalmärkten im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften weiterhin allerdings sehr gering ist. Dies soll z.B. durch eine mögliche Einführung von verpflichtenden Lernmaßnahmen, insbesondere in Bezug auf verantwortungsbewusstes Investieren, geändert werden. Weiterhin soll neben der finanziellen Bildung der Bürger auch das Vertrauen der Bürger in den Kapitalmarkt gestärkt werden. Die Europäische Kommission sieht einen integrierten europäischen Kapitalmarkt zusätzlich als Möglichkeit die Altersvorsorge der Bürger durch Produkte wie das „Paneuropäische Private Pensionsprodukt“ (PEPP) zu ergänzen.

Digitales Finanzwesen

Die Europäische Kommission veröffentlicht eine Strategie zum digitalen Finanzwesen. Die Kommission legt darin dar, dass die Einführung eines digitalen Finanzwesens europäische Innovation freisetzen und Möglichkeit schaffen würde, bessere Finanzprodukte für Verbraucher zu entwickeln. Die Ankurbelung des digitalen Finanzwesens würde daher die Strategie der wirtschaftlichen Erholung Europas und den wirtschaftlichen Wandel unterstützen. Außerdem sollen damit neue Kanäle zur Mobilisierung von Finanzmitteln zur Unterstützung des Green Deals geschaffen werden.

30.09.2020 **EBA Konferenz zu finanzieller Bildung**

Marcel Haag (Direktor Horizontal Policies, Europäische Kommission) erklärt, dass auf EU-Ebene wenig möglich wäre, um digitale Finanzbildung voranzutreiben. Möglich wäre nur z.B. wie in der Wohnimmobilienkreditrichtlinie, die Mitgliedstaaten anzuregen, finanzielle Bildung zu fördern.

Oktober

02.10.2020

Europäisches Parlament – Anhörungen designierte Kommissarin für Finanzen McGuinness

Mairead McGuinness bekannte sich zur Umsetzung von Basel III, wobei europäische Besonderheiten berücksichtigt und der Proportionalitätsgrundsatz gewahrt werden müssten. Den Verhandlungen zu EDIS wolle sie neuen politischen Schwung verleihen.

07.10.2020

Europäisches Parlament – Bestätigung Kommissarin McGuinness

Mairead McGuinness wurde von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments als Kommissarin für den Finanzmarkt bestätigt.

08.10.2020

SRB Jahreskonferenz

John Berrigan, Generaldirektor DG FISMA, betont, dass die staatlichen Stützungsmaßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie weitergehen müssten. Der Wiederaufbau müsse digitale und „grüne“ Elemente enthalten, so Berrigan. Isabell Schnabel, Direktoriumsmitglied der EZB, erläutert, dass die Finanzmärkte bislang relativ gut auf die Corona-Pandemie reagiert hätten. Das Zusammenspiel zwischen Fiskal- und Geldpolitik zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie habe gut funktioniert. Der CMU-Aktionsplan der Kommission müsse, so Schnabel, noch ambitionierter ausfallen, wenn man damit etwas bewegen wolle.

12.10.2020

Europäisches Parlament, Anhörung mit Jose Manuel Campa

Jose Manuel Campa führt in seiner Funktion als Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses der ESAs (EBA, ESA, EIOPA) aus. Schwerpunkte der Arbeit des gemeinsamen Ausschusses im vergangenen Jahr waren der Verbraucherschutz (PRIIPS KID), nachhaltige Finanzierung (Offenlegung ESG) sowie Geldwäschebekämpfung. In seiner Funktion als Vorsitzender der EBA bezeichnet Campa die Bankenlandschaft in der ersten Jahreshälfte 2020 – trotz Corona-Pandemie – als stabil. Mit Blick auf die Zukunft würde der EBA-Bankenstresstest 2021 eine entscheidende Rolle bei der weiteren Beurteilung der Widerstandsfähigkeit der Kreditinstitute spielen.

14.10.2020

Initiative für eine EU-weite Renovierungswelle

Die Renovierungswelle soll die niedrigen Raten für energieeffiziente Renovierungen erhöhen und dabei einen signifikanten Beitrag zum grünen Wiederaufbau der EU leisten. Sie ist damit eine wichtige Säule des europäischen Green Deals. Die Renovierungswelle soll laut Kommission auch eine Gelegenheit sein, die Entwicklung von grünen Krediten und Hypotheken voranzutreiben. Die Überprüfungen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und der Verbraucherkreditrichtlinie bieten erste Möglichkeiten, ein möglicherweise geringeres Kreditrisiko nachhaltiger Finanzprodukte angemessen zu berücksichtigen.

21.10.2020

ECB Zuhörtour

Christine Lagarde erläutert unter anderem, dass die Bekämpfung des Klimawandels auch für die EZB Priorität habe und dass die EZB intern analysiere, wie dies in die Geldpolitik der EZB integriert werden könne. Zusätzlich unterstreicht sie die Bedeutung der Taxonomie für den Kampf gegen den Klimawandel, um eine klare Sicht auf nachhaltige Anlagen zu erhalten. Weiterhin spricht sie sich nochmals für die Entscheidung der EZB aus, an Nachhaltigkeitsziele gebundene Anleihen als Sicherheiten zuzulassen.

26.10.2020**Konsultation zur Einbettung von Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung**

Die Europäische Kommission führt aus, dass Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung auch die Ermutigung von Unternehmen, bei ihren Geschäftsentscheidungen die Auswirkungen auf Umwelt (einschließlich Klima und Biodiversität), soziale, menschliche und wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen erfasst. Wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit soll zur Wiederherstellung nach COVID-19 sowie zur langfristigen Widerstandsfähigkeit und Entwicklung von Unternehmen beitragen. Die Konsultation soll zur Entwicklung einer Initiative beitragen und die Überarbeitung der nicht-finanziellen Berichterstattung (NFRD) komplementieren. Im Gegensatz zur NFRD geht es bei der nachhaltigen Unternehmensführung nicht um das Berichten, sondern um das Handeln.

27.10.2020**Anhörung von Andrea Enria, Vorsitzender des Aufsichtsrats der EZB im Europäischen Parlament**

Andrea Enria führt aus, dass die EZB bislang noch keinen Corona-bedingten Anstieg der NPL-Quoten für systemrelevante Banken der Eurozone feststellen konnte. In Q2/2020 habe der Wert bei 2,9 Prozent gelegen. Jedoch sei nach dem Auslaufen verschiedener Stützungsmaßnahmen, wie beispielsweise den Zahlungsmoratorien, mit einem NPL-Anstieg zu rechnen. Daher unterstütze Enria die Arbeiten der Europäischen Kommission zur Schaffung von Sekundärmärkten für NPLs. Zudem könnten auch Verbriefungen in diesem Bereich „eine Rolle spielen“. Um klimabezogene Risiken besser messen zu können, hat die EZB im September 2020 eine Konsultation zu Entwürfen von Leitlinien zu Klimarisiken durchgeführt. Ab dem Jahr 2021 plant die EZB einen Aufsichtsdialo g mit Kreditinstituten anhand dieser Leitlinien durchzuführen. Dabei sollen die Geschäftspraktiken der Institute mit der, in den Leitlinien dargelegten aufsichtsrechtlichen Erwartungshaltung, abgeglichen werden.

31.10.2020**EU-Ecolabel**

Die gemeinsame Forschungsstelle der EU (Joint Research Centre-JRC) veröffentlicht den dritten Zwischenbericht zum EU-Ecolabel für Finanzprodukte.

November

09.11.2020**Europäisches Parlament**

Die Änderungen bezüglich Verbriefungen wurden von den Abgeordneten angenommen, ebenso haben die Berichterstatter das Mandat erhalten, Trilogverhandlungen mit dem Rat der Europäischen Union zu beginnen.

20.11.2020**Europäisches Parlament: Währungspolitischer Dialog mit Christine Lagarde**

In ihrem Eingangsstatement bezeichnet Lagarde die bislang getroffenen monetären und fiskalischen Maßnahmen in der Eurozone zur Milderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie als sehr effektiv. Die Reaktion der EZB auf die erste Corona-Welle im Frühjahr 2020 sei sehr schnell erfolgt. Im Rahmen der derzeitigen zweiten Welle bedürfe es des gleichen Ansatzes und der gleichen Entschlossenheit.

24.11.2020**Verbandsklagen**

Das Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt offiziell die politische Einigung mit dem Rat der Europäischen Union für die Richtlinie über Verbandsklagen.

27.11.2020**Europäische Kommission**

Die Europäische Kommission veröffentlicht den Entwurf eines delegierten Rechtsakts zur Taxonomieverordnung ((EU)2020/852) samt Konsultation.

Europäische Zentralbank

Die EZB veröffentlicht ihren finalen Leitfaden zu Klima- und Umweltrisiken.

Dezember

7.12.2020**Europäisches Parlament – Wirtschaftlicher Dialog mit Dombrovskis**

Mit Bezug auf die wirtschaftspolitischen Empfehlungen skizziert Dombrovskis, dass die „Ausweichklausel“ („escape clause“) des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch in 2021 Anwendung finden werde. Zudem müsste der Kreditfluss von Banken an die Realwirtschaft sichergestellt werden, wobei gleichzeitig darauf zu achten sei, dass die Bilanzen der Banken nicht in Schieflage gerieten. Zudem müssten die Arbeiten an der Bankenunion sowie der Kapitalmarktunion voranschreiten. Bei der Beurteilung der Haushaltspläne der einzelnen Mitgliedstaaten sei die Kommission generell der Ansicht, dass aufgrund steigender Schuldenstände alle Hilfsmaßnahmen proportional und zeitlich begrenzt sein müssten. Insbesondere Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien müssten, aufgrund ihrer hohen Staatsverschuldung und Herausforderungen bezüglich der Schuldentragfähigkeit, besondere Vorsicht walten lassen, so Dombrovskis.

10.12.2020**Europäischer Rat**

Der Europäische Rat bestätigt die neuen Klimaziele und damit eine Reduzierung der Treibhausgase um 55 Prozent bis 2030.

16.12.2020**NPLs**

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Aktionsplan zu NPLs. Der Aktionsplan baut auf den Schlussfolgerungen des Rats der Europäischen Union von 2017 auf und beinhaltet vorerst keine konkreten Legislativvorschläge.

24.12.2020**Brexit**

Die EU und das Vereinigte Königreich einigen sich auf ein Handels- und Kooperationsabkommen. Das Abkommen umfasst den Handel mit Waren und Dienstleistungen sowie eine breite Palette anderer Bereiche im Interesse der EU, wie Investitionen, Wettbewerb, staatliche Beihilfen, Steuertransparenz, Luft- und Straßenverkehr, Energie und Nachhaltigkeit, Fischerei, Datenschutz und soziale Sicherheit Koordinierung.

29.12.2020**Brexit**

Der Rat nimmt den Beschluss über die Unterzeichnung des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und dessen vorläufige Anwendung zum 1. Januar 2021 schriftlich an.

31.12.2020**Brexit**

Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Großbritannien wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.



Commission priorities in the area of financial services

It has been a difficult year for citizens and businesses across the EU given the COVID-19 pandemic.

The financial sector has remained resilient during the crisis, thanks in no small part to the reforms introduced following the global financial crisis. Banks have been part of the solution, putting in place payment moratoria and providing loans to households and businesses, supported by public authorities.

During my mandate as Commissioner for Financial Services, Financial Stability and Capital Markets Union over the next four years, I want to bolster that resilience, help the banking sector support the economic recovery, and advance a number of reforms so that our recovery looks to a greener, more digital future.

The COVID-19 crisis

The Commission reacted quickly to the COVID crisis. In financial services, the Commission adopted targeted amendments to bank prudential regulation in April 2020, providing flexibility to banks to keep lending to affected businesses and households, and the Capital Markets Recovery Package in July 2020 to make it easier for capital markets to support European businesses in the recovery.

We want the financial sector to be able to finance the recovery. Banks' balance sheets must remain robust to keep lending to the real economy. However, the economic impact of the pandemic has been enormous, particularly in certain sectors. The ECB has warned that banks' asset quality could deteriorate significantly. We could see a

significant increase in NPLs that would impair banks' balance sheets, depress credit growth, and delay the recovery. We have prepared for the possibility of increased NPLs in our recent NPL Action Plan.

The first objective is to improve secondary markets for distressed assets to allow banks to move their NPLs off their balance sheets, while maintaining consumer protection.

Second, we want to improve the efficiency of insolvency frameworks across the EU.

The third area relates to national Asset Management Companies (AMCs). Experience in several countries after the last financial crisis has shown that these specialised vehicles can effectively remove NPLs from bank balance sheets. It will remain a decision for each Member State if they wish to set up their own AMC, but the Commission is ready to lend support.

The fourth element is about the implementation of precautionary public support measures. The precautionary recapitalisation of viable banks can, where necessary, make sure that banks can continue lending.

Banking Union

The pandemic has reminded us of the importance of completing ongoing major structural reforms and is a wake-up call that the Banking Union remains incomplete.

In the Commission we are revising the crisis management and deposit insurance framework for banks. Technical work

is also ongoing on the European Deposit Insurance Scheme. The Commission remains convinced that an ambitious EDIS set-up involving loss mutualisation is needed. A so-called “hybrid” model, based on the co-existence of national deposit guarantee schemes with a common central fund, has emerged as a possible first step towards this goal.

Basel III

Our commitment to faithfully implement the Basel Committee reforms on prudential regulation has not changed, despite the delay caused by COVID, and we are preparing a legislative proposal. The issues addressed by the final Basel III rules remain as relevant as ever, notably doubts about the reliability of certain internal models.

At the same time, we will take into account specific features of the EU banking sector, as well as the impact of the COVID-19 crisis on banks’ financial situation. The banking sector has played an important role in managing the crisis, and we must pay attention not to undermine its capacity to support the economic recovery.

Capital Markets Union

Alongside strengthening the European banking sector, we will continue our efforts to build up the Capital Markets Union – a task that has become only more urgent due to the pandemic.

In view of rising corporate debt levels, firms need to tap equity and other capital market instruments to prop up their financial structure. Capital market instruments can also be a vital source of funding for long-term investments, such as towards a more sustainable and digital economy. In addition, broad, liquid capital markets provide an effective alternative tool to complement bank funding and soften the negative impact of an economic downturn.

So our CMU Action Plan adopted in September 2020 aims to:

- Support a green, digital, inclusive and resilient recovery through greater capital market access for European companies, including SMEs;
- Give individuals greater access to long-term investment opportunities;

- Further integrate national capital markets into a genuine single market.

Retail financial services

In the area of retail financial services, we want competitive and high-quality services for consumers and SMEs while maintaining a high level of consumer protection.

We will present a retail investment strategy in 2022, which will aim to ensure that consumers can benefit from capital markets, in particular when saving for retirement.

The Commission will also review existing consumer protection legislation, in particular the Payment Accounts Directive and the Mortgage Credit Directive. We plan to initiate a review of the Payment Services Directive (PSD2) towards the end of 2021 to assess whether existing regulation for payments remains relevant and effective.

And finally, I am committed to supporting financial literacy so that citizens, particularly young people, are better able to manage their finances and invest in their future. The Commission will assess the feasibility of developing financial competence frameworks, together with the OECD.

Digital finance

Technology is widening the access to financial products for many of our citizens and businesses, bringing with it opportunities and risks. This has been accelerated by the pandemic.

We want to support the digital transformation of the financial sector, make sure regulation is fit for the digital age and tackle fragmentation in the single market, while maintaining high levels of consumer protection. This is why we adopted a comprehensive digital finance package last year.

It includes two legislative proposals, on the regulation of crypto-assets and on digital operational resilience for financial market participants, guarding against the risk of cyber-attacks.

Sustainable finance

Accompanying the digital transition is the green transition. Capital needs to flow towards sustainability if we want to meet our green targets and support green jobs and growth, as set out in the European Green Deal.

The EU Taxonomy will play an important role. It is a tool that translates the EU's green objectives into criteria for investment purposes.

The Commission is currently preparing a Renewed Sustainable Finance Strategy, where transition finance will be key. We will highlight how the sustainable finance framework can enable inclusive finance for all companies investing to improve their environmental impact and support companies in their transition towards sustainability.

Relations with the UK

Finally, 2021 will be an important year with regard to co-operation with the UK after Brexit. Market participants will continue to adjust to the new reality that the UK is now outside the single market.

We want to build a stable and balanced relationship with the UK. We are setting up an EU-UK financial services regulatory forum to allow us to engage constructively on key issues for our financial systems, while maintaining both sides' regulatory autonomy.

Closing

We have a busy four years ahead of us. Our top priority is the recovery from the COVID-19 crisis. That recovery also presents us with an opportunity: a reminder of the urgency of ongoing structural reforms and a chance to build a greener, more digital and more resilient economy.

I look forward to working with all stakeholders, including the banking sector, to make this ambitious vision a reality.

Mairead McGuinness,
European Commissioner for Financial Services,
Financial Stability and Capital Markets Union



Positions

Action Plan for a comprehensive Union policy on preventing money laundering and terrorist financing

On 7 May 2020, the European Commission published an Action Plan for the prevention of money laundering and terrorist financing. With its opinion on 27 July 2020, the EFBS participated in the consultation process. In this context, the EFBS supports the European Commission's efforts to create a more harmonised European regulatory framework for the prevention of money laundering and terrorist financing, while at the same time strengthening the risk-based approach and considering national specificities.

From the EFBS's perspective, the application of the risk-based approach should lead to simplified due diligence obligations in all fields of combating money laundering, especially for institutions which – like Bausparkassen – supply products with a low money laundering risk. In this connection, it would be expedient for instance to extend the list of products with low money laundering risk, contained in the Annex to the EU Money Laundering Directive, to include financial products with a long-term investment horizon. In this way, the general use of simplified due diligence would be also possible in relation to Bauspar contracts.

Furthermore, the EFBS pointed out that due to the very abstract regulatory requirements for the prevention of money laundering and terrorist financing and the specific issues arising in daily practice, the development of industry standards for obliged entities has proven to be a useful approach. The supervisory authority and obliged entities discuss specific issues arising in daily practice and agree on the necessary interpretations and application require-

ments. The competence of national supervision should therefore be retained for special credit institutions (e.g., Bausparkassen). In addition, an automatic mechanism should be implemented with the aim of ensuring that the special features defined by supervision at national level lead to synchronous application at EU-level.

The New Consumer Agenda

With its statement on 6 October 2020, the EFBS participated in the European Commission's consultation process on the New Consumer Agenda. In this context, the European Commission consulted on the issue relevant to Bausparkassen on how the present rules on responsible lending/borrowing (e.g., creditworthiness assessment) can be improved under the Consumer Credit Directive.

In the EFBS's opinion, sufficient leeway should be left to deal with the credit decision in the individual case. Overburdening the contracting parties with regulatory requirements would not be in the interests of either borrowers or consumers. For example, further restrictions on lending practices would mean that consumers who are solvent but have a lower income would find it more difficult to obtain a loan in the future due to their risk profile or would even be excluded from lending altogether. Depending on the type of loan and the loan amount, different creditworthiness requirements should be imposed on consumer loans taking the principle of proportionality into account.

In addition, the information requirements under the Consumer Credit Directive should be reviewed, significantly reduced, and limited to essential information considering the negative effects of an information overload for the consumer. Consumer credit rules also need to be modern-

ised and adapted to digitalization (e.g., it must be possible to conclude credit agreements online).

Roadmap for updating VAT regulations for financial services

The EFBS commented on the European Commission's roadmap for updating VAT regulations for financial services, submitting a position paper. The generally addressed objective therein is primarily intended to eliminate the perceived disadvantage of financial service providers due to the non-deductible input tax and to define EU-wide uniform regulations for tax exemption. Nonetheless, the addressed objective requires the abolition or at least restrictions of the tax exemption regulations.

The EFBS considers the current regulations to be acceptable for all parties involved and, contrary to the aim of the roadmap, do not see any fundamental need for change in the tax exemption regulations. Instead, the EFBS still sees an urgent need for improvement in the requirements for fulfilling the organisational integration requirements for stock corporation and for Bausparkassen in particular. A worthwhile goal would be a simplification through the possibility of a VAT group taxation on application.

The EFBS opposes requests for changes which could lead to a VAT liability and thus possible to an increase in the price of the products, amongst others also for pension products. Should it nevertheless come to a VAT liability of financial services as described in the roadmap, the EFBS forwarded to the European Commission various issues that need to be clarified in advance.

In its comments, the EFBS advocated that the requirements for VAT group purposes should be simplified. In addition, VAT groups simplify the exchange of services within the Group, as no invoices entitling to input tax deduction need be issued. Without a VAT group, there would be extensive and costly accounting processes within the Group.

In summary, the EFBS pointed out that by eliminating or limiting the tax exemption regulations, financial service products are likely to become more expensive for customers because they bear the VAT at the last stage.

Consideration of specific business models for the determination of MREL

In several discussion with the SRB and EBA, the EFBS pointed out that institutions which fund their business through covered deposits may be threatened in their financial stability by MREL requirements that go beyond the ability to absorb losses. In this context, the EFBS advocated that the business model be considered when determining MREL requirements.

If Bausparkassen were forced to take up additional, previously unneeded, and comparatively expensive debt because of MREL, they would have to generate and issue corresponding securities to have a sufficient volume of bail-in-able instruments. This would require a change in their business model and would have some adverse effects. Therefore, EFBS considers it imperative that the business model, specific risks, contagion risks and funding structures are also considered when calibrating MREL.

The EFBS also supports the idea of granting deposit-based institutions a longer transitional period until full compliance with the MREL requirements but stresses that this does not solve the dilemma of these institutions. Therefore, it is even more important for institutions whose MREL requirements exceed the loss absorption amount that sector-specific regulations which have an impact on resolution – such as the Bausparkassen laws in Germany, Hungary, the Czech Republic, Slovenia, Romania, and Austria – are considered when determining the MREL requirements.

Bausparkassen as sustainable credit institutions

In the context of the renewed sustainable finance strategy, the EFBS participated in the consultation of the European Commission in July 2020. In addition to answering the consultation questions, the EFBS underlined the specifics of Bausparkassen. Savings contracts and the collective of savers are heavily regulated. The deposits are used to build up long-term wealth through the creation of residential property as the largest anchor of private wealth. Due to specific regulations, the collective idea, the promotional effect, the increase in the home ownership rate

among lower income households and thus the asset accumulation aspects, the Bauspar business can generally be viewed as sustainable regarding the “S” of the ESG criteria. This should be taken into account by the Commission in the development of the “S”-criteria. The loan side is also primarily restricted to private individuals and residential use (new construction, purchase, renovation). Bausparkassen are major financiers of private housing in various EU markets. A significant part of the portfolios are renovation loans, which are used for energy efficiency measures. Bausparkassen also finance new properties built or renovated according to current energy standards and are thus complying with the criteria set out in the Taxonomy Regulation and the report by the technical expert group. Here, however, uniform standards are required for the classification of loans based on available criteria (national building standards, applicability of funding programs, etc.) and, for example, by establishing a central database for energy performance certificates. It is important to note that the building sector and its renovation make a decisive contribution to reducing CO₂ consumption. The EFBS thus welcomed the European Commission’s work on the EU Taxonomy and the opportunity to provide feedback in December on the draft delegated act on the first two environmental goals. Feedback was also provided by the EFBS to the Commission in June on the planned initiative for an EU-wide renovation wave. In autumn, the EFBS also commented on the ECB’s guide on climate-related and environmental risks.

In addition, the EFBS would appreciate it if “S”-criteria were also considered when developing an Ecolabel. For example, different areas of the lending business, such as savings, investments, and lending could be given one label based on different criteria. The introduction of such a uniform label, which covers several aspects at the same time, would contribute to better comparability.

officials, the EFBS advocated for proportionate implementation of the Basel III framework, referring inter alia to issues relating to operational and market risk.

Regarding the timetable for the publication of the legislative proposals, the EFBS is of the opinion that a further delay would be appropriate in view of the current pandemic to ensure lending to the real economy/private individuals. A prompt implementation that would lead to higher capital requirements for credit institutions would be counterproductive.

Implementing the final Basel III reforms into EU law

After the Basel Committee on Banking Supervision reached agreement on the final Basel III framework in December 2017, the EFBS monitored the preparation, by European lawmakers, of the legislative proposals for implementing the framework into EU law. Throughout this period, in discussions with EBA and the Commission



Public relations work

“Regulatory environment for real estate financing in the EU” – Bausparkassen and Pfandbriefbanken jointly offer podium for discussion with Members of the European Parliament

With the election of the European Parliament in spring 2019 and the new European Commission under the leadership of Ursula von der Leyen on 1 December 2019, there have been many changes and innovations in Brussels. Against this background, the German Bausparkassen, together with the German Pfandbrief Banks, organised a panel event on 22 January 2020 to discuss with MEPs from the European Parliament’s Committee on Economic and Monetary Affairs about the future challenges for real estate financing and the upcoming legislative projects for the next five years. Focus was directed to the latest reform proposals on the Basel framework, which will in all likelihood lead to a higher capital increase for real estate financing in Europe, the European Green Deal, and the European Commission’s proposals for a taxonomy. The taxonomy will also have a major impact on real estate financing, e.g., on the renovation of existing buildings and the introduction of a “Green Mortgage”. Finally, the upcoming review of the Mortgage Credit Directive, which could lead to a tightening of lending requirements was touched upon. The panel included MEPs Markus Ferber (EPP), Dr Joachim Schuster (S&D) and Engin Eroglu (Renew Europe). The event was well attended with over 100 guests.

In his introductory remarks, Christian König, Managing Director of the EFBS, emphasised that Bausparkassen are covered by the general European financial regulatory framework despite special national regulation. For some years now major decisions affecting the regulation of

Bausparkassen are no longer taken at national, but at European level. As co-legislator, the European Parliament plays a decisive role. For 40 years, MEPs have been directly elected to the EP and thus represent the democratic body of the EU. At the last European elections in May 2019, there was a record turnout: at just under 51 percent, most eligible European voters exercised their right to vote for the first time in 20 years. This makes it even more gratifying to be able to have a discussion with three representatives of the major traditional party families on one panel. It also offers the opportunity to discuss the upcoming European legislative processes with the actors directly involved in the adoption of the new European laws.

Re-election of the EuBV Managing Director

As scheduled, the election of the Managing Director of the EFBS took place in the General Assembly organised online due to the Covid-19 pandemic on 18 October 2020. Mr Christian König was unanimously re-elected by the ordinary members of the federation. König has been responsible for the federation’s activities since 2017; he is also the Managing Director of the Association of Private Bausparkassen since 2018 (Germany).

Bausparkassen participate in Best Practice Initiative of the European Commission

In a press release dated 14 July 2020, the federation informed that protecting consumers as borrowers from financial overload is of course also of central importance for European Bausparkassen in view of the Covid-19

pandemic. “We are doing everything possible to cushion the current hardships of affected consumers,” explained Christian König on the current publication of the EU Commission’s best practice initiative.

König welcomed this new form of European dialogue as exemplary. By gathering the financial industry and consumer protection associations around one table, the EU Commission had succeeded in agreeing on practical aid measures throughout Europe. This model is a model for the future.

At national level, Bausparkassen had already made good progress. Customers who suffer from corona-conditioned loss of income were offered deferral of their loan obligations in accordance with national legislation and European banking supervisory requirements while seeking solutions that were as individually suitable as possible.

First Bausparkasse starts its business venture in Kyrgyzstan

Ak-Bosogo is the name of a picturesque mountain village in Kyrgyzstan - and since the beginning of 2021, the name also stands for the first Kyrgyz Bausparkasse. The European Federation of Building Societies advised the Kyrgyz partners on the establishment of the Bausparkasse and supported them in many detailed questions. The Kyrgyz were already able to gain a deeper insight into the concrete work of European baupar institutions in 2017 during a delegation trip sponsored by KfW.

The Kyrgyz government has high hopes for the new company: it is supposed to stimulate the market for private housing finance and thus bring the entire economy of the country forward. Ak-Bosogo will now quickly ramp up its business operations; the first customers have already signed their baupar contracts.

Turkish partners seek exchange with European Bausparkassen

In March 2020, the Managing Director of the EFBS, Christian König, gave a presentation on bauparen in Europe at a conference in Istanbul with the motto “Social

Housing Finance”. The conference was hosted by Birevim, one of the leading institutions of a group of still quite new and cooperatively oriented housing finance providers in Turkey. Their goal is to make housing finance and thus the dream of owning a home accessible to broader sections of the population. Although the Turkish model has many analogies to the baupar system, it also has its own peculiarities. For example, instead of an interest rate on the loan, only a flat fee is charged, which is based on the amount of the loan; the deposits are also non-interest-bearing. In addition, the system and its regulation are still in their infancy, so that Christian König’s lecture was met with great interest. In his presentation, the Managing Director not only described in detail how bauparen works in Europe and its long history of success, but he also went into detail about the regulatory aspects that contribute to the success of the system. The Turkish institutes are looking forward to a deeper exchange with their European partners.



Housing sector trends in Europe

The coronavirus pandemic has profoundly impacted the European construction sector. After a 2.9 percent rise in construction investment in 2019, spending contracted by 7.8 percent in 2020, the year under review, in the 19 European countries whose construction activity is reported by the member institutes of the Euroconstruct network. The pandemic hit the construction industry at a time when the pace of growth had already slackened. In Western Europe, the minus amounted to 8.0 percent; in Eastern Europe, it was 4.5 percent. The deepest dip was observed in the United Kingdom, where construction investment fell by almost one-fifth (-19.5 percent). Ireland (-16.0 percent) and France (-15.8 percent) also saw a massive drop in spending. In Eastern Europe, the sharpest decline in investment in general construction and civil engineering occurred in Slovakia, with 9.5 percent. Only Finland (+1.3 percent), Norway and Portugal (both +0.1 percent) saw investment expanding. The Euroconstruct researchers view the new year more optimistically, predicting a rapid and in some cases clear recovery of construction activity for the majority of countries.

Sharp fall in investment in residential construction

The impacts of the pandemic were particularly noticeable in European residential construction, with investment in this segment of the building industry falling by 8.6 percent in 2020. In 18 of the 19 Euroconstruct countries, spending on residential construction decreased. Overall, the economists are pessimistic about the prospects for 2021, predicting further contraction of spending on residential construction this year and, in some cases, an even

more marked downward trend than in 2020. In the countries where the outlook is positive, they expect recovery as a strong countermovement to a massive downturn. The 56.9 percent share of investment in the existing building stock (renovations and upgrading) is higher than it has been for some time.

In Western Europe, investment fell by 8.7 percent. Eastern Europe saw a decrease of 5.8 percent, albeit with clear differences between countries: while investment took a major tumble in Hungary (-13.5 percent) and Slovakia (-12.8 percent), the 3.4 percent shrinkage of the residential construction sector in the Czech Republic was comparatively modest. There was a dramatic decline in the United Kingdom, where investment in residential construction decreased by more than a quarter compared with 2019. Ireland (-16.7 percent), Spain (-12.7 percent) and France (-12.5 percent) also experienced steep falls. Only Portugal saw an expansion of residential construction (+0.7 percent), while Denmark and Germany recorded a slight drop in investment (-0.5 percent and -0.8 percent respectively).

Completions during lockdown – major downturn in the United Kingdom

Restrictions on freedom of movement, including across borders, had a noticeable impact on housing completions, with the constraints on investment also playing a role. In the 19 Euroconstruct countries, the number of completions dropped to 1.68 million in 2020 – a decrease of 7.1 percent, or 129,200 units. In Eastern Europe, the decline was comparatively mild – just 0.3 percent – contrasting with the sharp fall seen in Western Europe (8.4 percent).

In Eastern Europe, only Hungary stood out on account of its unusually high number of completions. Here, approximately 28,000 apartments, semi-detached and detached houses were completed in 2020 – almost one-third more than in 2019 (+32.5 percent). In the Czech Republic and Slovakia, by contrast, completion numbers slipped by 6.8 percent and 5.0 percent respectively. In Western Europe, Portugal led the field on growth (+31.6 percent to 18,700). Completions in the United Kingdom plunged from 206,000 to just 143,000 (-30.6 percent), although

here, the protracted uncertainty over Brexit is likely to have weighed heavily on completions and investment in residential construction. There was also a noticeable decline in Ireland (-19.6 percent to 17,000) and Finland (-13.6 percent to 37,000). With 407,800 units, France still tops the completions table despite a 2.8 percent dip. Construction activity decreased in Germany: it saw a 4.4 percent drop in housing completions, with 280,000 units made ready for occupancy. Apart from Hungary, where the rise, in the experts' opinion, was a one-off anomaly,

Residential construction volumes in Europe by country

(Real change compared to previous year in %)

COUNTRY	2016	2017	2018	2019 ¹	2020
Belgium	3,5	1,6	1,8	1,1	-7,8
Denmark	7,4	7,4	1,7	11,9	-0,5
Germany	3,9	2,1	2,0	1,9	-0,8
Finland	7,1	3,2	3,2	-2,7	-2,9
France	4,2	6,1	1,9	0,7	-12,5
UK	6,5	6,8	1,7	3,7	-27,0
Ireland	12,0	19,5	18,1	-0,8	-16,7
Italy	1,9	1,2	1,3	1,9	-10,4
Netherlands	15,0	8,5	9,0	1,4	-3,1
Norway	6,9	14,1	-10,0	1,3	-3,6
Austria	2,3	6,1	1,9	4,3	-1,8
Portugal	5,3	15,3	8,7	6,6	0,7
Sweden	12,1	10,5	-5,1	-8,6	-2,4
Switzerland	1,9	1,2	-1,7	-1,9	-3,4
Spain	9,6	11,8	9,1	5,8	-12,7
WESTERN EUROPE TOTAL	5,2	5,1	2,3	2,0	-8,7
Poland	5,2	9,2	5,6	7,0	-3,4
Slovakia	9,6	31,6	17,0	15,7	-13,5
Czech Republic	9,6	7,5	13,5	6,8	-4,4
Hungary	17,6	3,6	9,3	4,1	-12,8
EASTERN EUROPE TOTAL	8,0	10,4	11,2	8,0	-5,8

¹⁾ Estimate

and Portugal, upticks were seen solely in Norway (+1.9 percent to 30,900 units) and Austria (+1.2 percent to 59,400). The outlook for the 19 Euroconstruct countries could scarcely be more varied: while further double-digit growth is predicted for Portugal in 2021, along with a significant recovery in the United Kingdom and Northern Ireland, French residential construction is heading for a major downturn.

Price rises across the board

2020 saw a surge in residential property prices. Between January and September 2020, the price of housing in the European Union increased by an average of 5.4 percent compared with the same period the previous year.

Residential construction volumes in Europe by country

(Absolute figures in million euro)

COUNTRY	2016	2017	2018	2019 ¹	2020
Belgium	20.912	21.782	22.180	22.414	20.669
Denmark	14.563	15.719	15.984	17.892	17.803
Germany	189.150	206.020	210.065	214.037	212.284
Finland	14.656	15.785	16.295	15.852	15.393
France	101.161	107.526	109.520	110.272	96.519
UK	85.580	95.235	96.876	100.494	73.378
Ireland	6.090	7.764	9.169	9.091	7.569
Italy	81.810	85.050	86.139	87.747	78.579
Netherlands	29.376	33.855	36.919	37.418	36.241
Norway	17.616	18.974	17.078	17.306	16.687
Austria	17.278	18.585	18.941	19.746	19.389
Portugal	7.043	9.942	10.810	11.526	11.612
Sweden	17.811	19.694	18.680	17.067	16.654
Switzerland	28.106	29.724	29.232	28.675	27.712
Spain	45.310	53.675	58.538	61.950	54.105
WESTERN EUROPE TOTAL	676.461	739.330	756.427	771.488	704.595
Poland	12.103	12.971	14.724	15.731	15.033
Slovakia	1.226	1.324	1.447	1.506	1.313
Czech Republic	7.504	8.556	9.033	9.669	9.340
Hungary	2.363	3.344	3.913	4.528	3.916
EASTERN EUROPE TOTAL	23.196	26.195	29.117	31.435	29.602

1) Estimate

Price rises were observed in all the Member States of the European Union and neighbouring countries – with one exception: in Cyprus, purchase prices of residential property fell by an average of 1.1 percent during the period under review. In Italy, the struggling housing market rallied slightly, with some recent recovery of prices (+2.0 percent). In the Western European countries, the uptick was relatively strong, particularly in Germany, where the 7.1 per-

cent increase probably had a lot to do with the stability of the German housing market and low expansion of supply. A similarly dynamic upward trend was observed in Austria (+7.8 percent). Price inflation reached double figures in Luxembourg (+13.7 percent), Poland (+11.0 percent) and Slovakia (+10.4 percent). The reasons for the rising prices during the worst economic crisis in decades are worth discussing: people's desire for their own four walls is likely to

Residential construction in Europe by country

(Number of completions¹ per 1,000 dwellings)

COUNTRY	2016	2017	2018	2019 ²	2020
Belgium	45,0	47,8	45,9	49,3	44,7
Denmark	22,0	26,4	29,6	35,0	32,2
Germany	277,7	284,8	287,4	293,0	280,0
Finland	30,2	35,7	42,5	42,8	37,0
France	345,5	367,4	396,0	419,4	407,8
UK	165,6	186,6	190,0	206,0	143,0
Ireland	9,9	14,4	17,9	21,1	17,0
Italy	81,6	80,6	83,1	88,0	78,6
Netherlands	54,9	63,0	66,6	70,7	65,0
Norway	29,4	31,6	32,8	30,4	30,9
Austria	48,5	53,2	59,2	58,7	59,4
Portugal	8,0	7,9	11,4	14,2	18,7
Sweden	53,6	61,6	67,5	68,1	59,5
Switzerland	52,0	50,2	53,2	52,5	51,0
Spain	40,1	54,6	64,4	78,8	75,0
WESTERN EUROPE TOTAL	1.263,9	1.365,8	1.447,6	1.528,0	1.399,9
Poland	163,3	178,3	185,1	207,4	203,0
Slovakia	15,7	16,9	19,1	20,2	19,2
Czech Republic	27,3	28,6	33,9	36,4	33,9
Hungary	10,0	14,4	17,7	21,1	28,0
EASTERN EUROPE TOTAL	216,3	238,2	255,7	285,1	284,1
EUROPE TOTAL	1.480,3	1.611,8	1.708,8	1.814,1	1.684,0

1) Construction of new residential properties

2) Estimate

have been a significant factor, but the value of real estate as a solid investment undoubtedly played a role as well.

Lockdown drives savings rates

Saving, as we know, is synonymous with consumer restraint. Lockdown rules and the closure of shops and

restaurants have massively curtailed opportunities for broad sectors of society to engage in consumer spending. At the same time, labour markets have come under pressure, while uncertainty over the future trajectory of the pandemic has led to spending restraint. As a result, savings rates in Europe have increased substantially, both overall and in the majority of countries.

Country comparison of savings rates of private households (as % of disposable income)

COUNTRY	ANNUAL AVERAGE		2017	2018	2019 ¹	2020
	2006 to 2015	2016				
Belgium	8,1	5,5	5,4	4,7	6,2	14,3
Denmark	-0,2	5,6	6,0	6,2	3,7	7,7
Germany	9,9	10,2	10,6	10,9	10,9	16,6
Finland	0,8	-1,4	-0,9	-0,8	0,4	6,6
France 2)	14,7	13,6	13,7	14,0	14,3	20,6
Greece	-	-	-	-	-	-
UK 2)	9,0	7,6	5,7	6,1	6,5	19,4
Ireland	4,3	2,8	6,8	6,9	7,5	22,8
Italy	5,1	3,0	2,6	2,6	2,5	10,2
Netherlands	6,8	10,3	8,8	9,1	10,0	18,2
Norway	5,2	6,9	6,6	5,9	8,1	16,6
Austria	9,5	7,8	7,5	7,8	8,2	17,0
Portugal 2)	8,2	7,0	6,6	6,8	7,0	14,8
Sweden	11,6	13,3	12,2	13,4	16,1	19,3
Switzerland	16,9	17,8	17,3	17,3	17,9	22,1
Spain	2,9	3,0	1,6	1,4	2,0	14,2
Poland	0,8	1,5	0,3	-1,0	1,9	13,7
Slovakia	1,5	3,0	2,5	3,1	3,5	5,0
Czech Republic	6,9	6,3	7,0	7,4	7,6	8,1
Hungary	5,9	6,9	6,4	8,1	6,3	7,3
Japan	2,1	3,3	2,6	4,3	5,3	7,1
Canada	3,9	1,9	2,0	1,7	2,9	15,0
USA	6,1	6,9	7,2	7,8	7,5	16,1

1) Estimate

2) Gross savings

In 2020, the savings rate was highest in Ireland, where households saved almost one-quarter of their disposal income (22.8 percent). Finland showed the highest relative increase: after a long period of dissaving, the savings rate was finally back in positive figures in 2019 (0.4 percent) and surged to 6.6 percent in 2020. It was a similar scenario in Poland, where the savings rate jumped from 1.9 percent in 2019 to 13.7 percent in 2020. In Sweden, where the

measures imposed to control the pandemic were relatively relaxed, the savings rate rose from 16.1 percent to just 19.3 percent. Savers in Slovakia put aside the smallest proportion of income (5.0 percent). Countries which use gross calculation (Depreciations on assets of unincorporated enterprises and on owner-occupied homes are not deducted) to determine the savings rate also exercised a high level of consumer restraint, with a savings rate of

Country comparison of short-term interest rates¹

(in %)

COUNTRY	ANNUAL AVERAGE		2017	2018	2019 ²	2020
	2006 to 2015	2016				
Belgium	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Denmark	1,9	-0,1	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3
Germany	1,9	-0,1	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3
Finland	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
France	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Greece	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
UK	2,2	0,5	0,4	0,7	0,8	0,3
Ireland	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Italy	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Netherlands	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Norway	2,9	1,1	0,9	1,1	1,6	0,7
Austria	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Portugal	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Sweden	1,9	-0,5	-0,5	-0,4	0,0	0,1
Switzerland	0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Spain	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
EURO AREA	1,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Poland	4,0	1,7	1,7	1,7	1,7	0,6
Slovakia	1,8	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Czech Republic	1,6	0,3	0,4	1,3	2,1	0,9
Hungary	5,8	0,7	0,0	0,0	0,0	0,4
Japan	0,3	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Canada	1,9	0,8	1,1	1,8	1,9	0,6
USA	1,7	0,9	1,3	2,4	2,3	0,6

1) In most of the countries, interest rates for three months

2) Estimate

Source: OECD Economic Outlook

20.6 percent in France (2019: 14.3 percent) and 19.4 percent in the United Kingdom (2019: 6.5 percent).

According to current estimates, the trend could well be reversed in 2021: once the vaccination rollouts have gained traction and a gradual return to pre-pandemic normality becomes possible, an increase in consumer demand is predicted.

Monetary policy between stabilisation pressure and fear of inflation

In 2020, the money market interest rate for three-month deposits in the euro area decreased further, averaging -0.42 percent over the year. During the year under review, the ECB continued to adhere to a largely accommodative

Country comparison of long-term interest rates¹ (in %)

COUNTRY	2006 to 2015	2016	ANNUAL AVERAGE		2019 ²	2020
			2017	2018		
Belgium	3,2	0,5	0,7	0,8	0,2	-0,1
Denmark	2,7	0,3	0,5	0,5	-0,2	-0,3
Germany	2,5	0,1	0,3	0,4	-0,3	-0,5
Finland	2,8	0,4	0,5	0,7	0,1	-0,2
France	3,0	0,5	0,8	0,8	0,1	-0,1
Greece	9,3	8,4	6,0	4,2	2,6	1,3
UK	3,3	1,3	1,2	1,5	0,9	0,4
Ireland	4,4	0,7	0,8	1,0	0,3	0,1
Italy	4,1	1,5	2,1	2,6	1,9	1,2
Netherlands	2,8	0,3	0,5	0,6	-0,1	-0,3
Norway	3,3	1,3	1,6	1,9	1,5	0,8
Austria	3,0	0,4	0,6	0,7	0,1	-0,2
Portugal	5,6	3,2	3,1	1,8	0,8	0,5
Sweden	2,7	0,5	0,7	0,7	0,1	-0,1
Switzerland	1,6	-0,4	-0,1	0,0	-0,5	-0,5
Spain	4,1	1,4	1,6	1,4	0,7	0,4
EURO AREA	3,4	0,8	1,0	1,1	0,4	0,1
Poland	5,0	3,0	3,4	3,2	2,3	1,5
Slovakia	3,7	0,5	0,9	0,9	0,2	0,3
Czech Republic	3,2	0,4	1,0	2,0	1,5	1,1
Hungary	6,8	3,1	3,0	3,1	2,5	2,2
Japan	1,1	0,0	0,1	0,1	-0,1	0,0
Canada	2,9	1,3	1,8	2,3	1,6	0,7
USA	3,1	1,8	2,3	2,9	2,1	0,8

1) In most of the countries, interest rates for 5 or 10-year government bonds

2) Estimate

Source: OECD Economic Outlook

monetary policy in response to the disruption caused by the coronavirus pandemic. Interest rates decreased from 2.12 percent to 0.86 percent in the Czech Republic and increased in Hungary (from 0.0 percent to 0.43 percent). The lowest rates were recorded in Switzerland, where the rate of -0.7 percent was largely unchanged from the previous year (-0.74 percent).

During the 2020 crisis year, the monetary policy direction of travel for both the ECB and other central banks worldwide was focused on stabilisation policy. The bond-buying programme continued, and the key interest rate was unchanged at 0 percent (main refinancing operations). Meanwhile, the euro area saw the resurgence of a long-forgotten debate about the return of inflation: there was a noticeable increase in the prices of raw materials (including crude oil), for example. A release of pent-up consumer demand – possibly coupled with a drop in supply – is also expected as soon as successful vaccine rollouts signal the end of the pandemic. Simultaneously, the ECB is mulling over a possible change of strategy, which could ultimately produce a new definition of price stability. Currently, price stability is defined as a year-on-year increase in the Harmonised Index of Consumer Prices (HICP) of “below, but close to, 2 percent”. Price increases in the euro area and its Member States remain low at present, but upward forces exist. How the ECB might react to such a contingency is an entirely different matter, however.

Government bond yields also remain very low and dropped into negative figures in a number of euro area countries. In Germany, this was already the case in 2019, with German bonds yielding -0.48 percent in 2020. Bond yields are now in negative figures in Austria, France, Belgium and Finland as well. Only Slovakia saw rates rising, from 0.25 percent to 0.31 percent. The fall in interest rates across the board is clearly explained in terms of the recent massive expansion of the ECB’s bond-buying programme and its announcement that the programme will continue until March 2022. Long-term interest rates came under downward pressure outside the euro area as well. In 2020, government bonds in Switzerland offered an interest rate of -0.51 percent, while savers in Hungary received a 2.24 percent return on their investment.



Our financial market: serving the future of Europe

The coronavirus pandemic has held us in its thrall for more than a year, with bad news threatening to continue to dominate our daily lives. But there are some positive aspects in what otherwise seems to be a bleak scenario. The vaccine, as our “light at the end of the tunnel”, is moving closer. And despite all the difficulties, European law-makers have agreed a raft of major, indeed historic, measures. Together, we have already made good progress, but we still have many lessons to learn in order to be better prepared in future. And we must, simultaneously, bring our joint projects to completion in order to build a strong economic and monetary union.

There are many adjustments to be made in order to help our citizens and businesses emerge from the crisis. Alongside the largest EU investment package of all time – the Next Generation EU recovery fund, with the EU’s new long-term budget – as well as the Green Deal and monetary policy measures, we must increasingly place the financial market in the service of our shared future. For the message is clear: when it comes to crisis management, our financial market is part of the solution. We must continue to establish appropriate frameworks that enable the banking industry, including the building societies as specialised credit institutions, to make their important contribution to optimal financing conditions in Europe.

“Quick fixes” for banks and the capital market

Together, we have applied leverage where it counts. First, we overhauled the banking rules in record time in order to mobilise a full 450 billion euros in additional credit. We

brought forward the enhanced SME Supporting Factor, so that credit, pension loans and infrastructure financing can be granted more easily and on a broader scale. We eased the capitalisation rules for software investments in order to increase the effectiveness of our response to the challenges posed by digitalisation. And we provided additional flexibility in banking supervision in order to mitigate the impacts of the extreme market volatility observed during the crisis.

And finally, we agreed a package of measures to support the recovery of the capital markets. We revised the rules for financial markets in order to reduce unnecessary administrative burdens, to promote the recapitalisation of businesses and strengthen the euro’s international role; we did this by supporting market development for energy derivatives. We developed a new Recovery Prospectus to help companies generate capital in the form of shares instead of taking on more debt. And as the rapporteur for the Prudential Requirements Regulation, I played a lead role in negotiating the revision of the rules on securitisation – a key financial instrument. In the right dose, securitisation can further stimulate lending and create new investment opportunities.

Completing the European financial union

These measures are a good example of how the European Union takes fast and resolute action to tackle the crisis and promote European economic recovery when the political will is there. Now we must continue this momentum in order to finalise the European banking union and

capital markets union. Both projects play a key role in building back better in Europe. The fact is that a strong banking sector needs well-functioning capital markets, and vice versa. A recent study by the European Parliamentary Research Service pointed out the substantial value-added resulting from enhanced cooperation: a strong capital markets union, the completion of the banking union and closer cooperation on fiscal matters have the potential to generate no less than 275 billion euros in added value per year.

In the banking union, the first two pillars – the Single Supervisory Mechanism (SSM) and the Single Resolution Mechanism (SRM) – are serving us well. However, we need to make progress on the third pillar as well, namely the stepwise introduction of European deposit insurance. Existing institutional guarantee schemes and joint liability schemes must, of course, be protected in this context. As regards the capital markets union, extensive lists of demands have been produced in recent months: the 17 recommendations made by the High-Level Forum on capital markets union, the European Commission's action plan and the European Parliament report are all on the table and now need to be implemented consistently. At the same time, we must make the financial rules fit for the future. We need only think of digitalisation, sustainable finance, anti-money laundering and the expected increase in non-performing loans and insolvencies.

Tailored implementation of Basel III

With regard to the global Basel III banking standards, I very much welcome the delay in implementation caused by the coronavirus crisis. This has enhanced the capacities of banks and supervisory authorities to provide the best possible support to the real economy. Nevertheless, it is clear that while Basel III has been postponed, it is not off the table. We have to implement the global standards. It is no longer about “whether”, but “how” – and we need tailored implementation in Europe. The laws are made by the European Parliament and the Council, comprising the Member States, not by the Basel Committee. With regard to both our structure – meaning an economy that is mainly financed by banks, not capital markets – and the diversity of our business models, we must focus on Europe's specific characteristics. In Europe, the diversity of the banking landscape is our strength.

In a resolution adopted in November 2016, the European Parliament stated that there should not be “a significant increase in overall capital requirements”, and this still holds true today. For me, certain key levers are beyond debate: the strengthened SME Supporting Factor and the retention of the CVA exemption. These elements are indispensable for an effective and competitive financing environment in Europe. As regards the output floor – our “elephant in the room” – all options are still on the table. It is clear that we need a Basel-compliant solution that implements our shared goals. In the areas of equity investments, un-rated corporates and specialised lending, too, European solutions are required. In order to promote cross-border business in the banking union, we must make progress on the equity and liquidity waivers. At the same time, it is essential to take into account all the affected stakeholders' experiences of the coronavirus crisis.

Shaping the future of Europe together

This year also marks the start of the debate about the future of Europe. This is about much more than merely the response to the crisis. It is about shaping our future together. And it is about acting on our longstanding intentions – such as deepening economic and monetary union, which is long overdue. Let's set ourselves a high level of ambition and never forget that Europe means all of us – nothing else. We all share the responsibility to make our European Union into the strong, effective and credible voice of our continent in the world. I look forward to being able to build on the expertise of the European Federation of Building Societies in future too. In this spirit, my heartfelt thanks for the good cooperation and my best wishes. I look forward to meeting again soon.

Dr Othmar Karas,
Vice-President of the European Parliament



Court of Justice in 2020

Cases before the Court of Justice of the European Union

Judgments

Case C-125/18: Lack of transparency of a variable interest rate based on a reference index in mortgage loan agreements with consumers

(Judgment of the Court of 3 March 2020)

In its judgment of 3 March 2020 (Case C-125/18), given in response to a reference for a preliminary ruling from a Spanish court, the Court of Justice of the European Union held that a contractual term in a mortgage loan agreement concluded with a consumer, pursuant to which the interest rate varies according to the reference index applied by the Spanish savings banks ('the reference index') must, pursuant to Council Directive 93/13/EEC on unfair terms in consumer contracts, must be verified as plain and intelligible.

The facts of the case are as follows:

Under a mortgage loan agreement concluded with a consumer, the interest rate to be paid by the consumer varied according to a reference index. That reference index was provided for by the Spanish legislation and was able to be applied to mortgage loans by credit institutions. However, the indexing of the variable interest rates calculated on the basis of the reference index was less favourable than that calculated on the basis of the average Euro Interbank Offered Rate (Euribor), which is used in 90 percent of mortgage loans taken out in Spain. The reference index selected involved an additional cost of around 18 000 euro to 21 000 euro per loan for the consumer.

In the first place, the Court held that the contractual term in question concerning the Spanish reference index falls

within the scope of the Directive on unfair terms in consumer contracts.

Article 4(2) of the Directive states that assessment of the unfair nature of the terms is not to relate, inter alia, to the definition of the main subject matter of the contract, in so far as the terms are in plain, intelligible language. The national courts are always required to verify that a contractual term relating to the main subject matter of a contract is plain and intelligible.

Furthermore, the Court found that, in order to comply with the transparency requirement for the purposes of the Directive on unfair terms in consumer contracts, a contractual term setting a variable interest rate in a mortgage loan agreement not only must be formally and grammatically intelligible but also enable 'an average consumer, who is reasonably well-informed and reasonably observant and circumspect', to be in a position to understand the specific functioning of the method used for calculating that rate. The consumer must thus be in a position to evaluate, on the basis of clear, intelligible criteria, the potentially significant economic consequences of such a term on his or her financial obligations. Information that is particularly relevant in that regard includes:

- the fact that essential information relating to the calculation of that rate is easily accessible to anyone intending to take out a mortgage loan, on account of the publication of the method used for calculating that rate in the official journal of the Member State concerned,
- the provision by the seller or supplier of data relating to past fluctuations of the index on the basis of which that same rate is calculated.

Lastly, the Court recalled the powers of the national court relating to the finding that a contractual term is unfair. The national court is not precluded from removing an unfair term in a contract concluded with a consumer by replacing it with a supplementary provision of national law in cases where the invalidity of the unfair term would require the court to annul the contract in its entirety, thereby exposing the consumer to particularly unfavourable consequences. The consequence of such an annulment of the contract could be that the outstanding balance of the loan would become due forthwith, which would be likely to be in excess of the consumer's financial capacities. In the present case, the Spanish legislature, since the conclusion of the loan agreement at issue, has introduced a 'replacement' index which is supplementary. The Directive does not preclude the national court, where an unfair contractual term setting a reference index for calculating the variable interest of a loan is null and void, from replacing that index with the replacement index.

Case C-66/19: Consumer credit agreements must specify clearly and concisely how the withdrawal period is to be calculated

(Judgment of the Court of 26 March 2020)

In its judgment on 26 March 2020 the Court of Justice of the European Union (ECJ) in Case C-66/19 decided, on the basis of a preliminary ruling from Germany, that consumer credit agreements must specify clearly and concisely how the withdrawal period is to be calculated. It is not sufficient for an agreement to refer, with respect to mandatory information the communication of which to the consumer determines when the withdrawal period starts to run, to a provision of national law that itself refers to other provisions of national law.

The dispute was based on the following facts:

In 2012 a consumer concluded with a credit institution, the Kreissparkasse Saarlouis, a credit agreement secured by mortgages for a sum of €100 000, at an annual borrowing rate of 3.61 percent fixed until 30 November 2021.

The credit agreement provides that the borrower has a period of 14 days to withdraw, that period running from the date of conclusion of the agreement but not starting to run until the borrower has received all the mandatory information referred to in a certain provision of the Ger-

man Civil Code (BGB). The agreement does not include that information, though the communication of that information to the consumer determines when the withdrawal period starts to run. The agreement merely refers to a provision of German law that itself refers to other provisions of German law. The contractual wording of the withdrawal information is approximately: The withdrawal period starts "after conclusion of the contract, but only after the borrower has received all mandatory information according to § 492 Abs. 2 BGB (e.g. information on [...])".

In early 2016 the consumer informed the Kreissparkasse that he was withdrawing from the agreement. The Kreissparkasse considered that it had properly informed the consumer of his right to withdraw and that the period for doing so had already expired.

The Landgericht Saarbrücken (the Regional Court of Saarbrücken, Germany), before whom an action was brought by the consumer, is doubtful whether he was correctly informed of the period in which he could exercise his right to withdraw. That court therefore requested from the ECJ a preliminary ruling on the interpretation of the directive concerning consumer credit agreements.

The Landgericht Saarbrücken was aware that the Consumer Credit Directive does not apply to credit agreements secured by mortgages, such as that in the main proceedings. However, since the German legislature decided that the rules laid down by the Directive should also be applicable to such agreements, the Landgericht Saarbrücken considered that an answer from the ECJ is necessary for the resolution of the dispute. The ECJ found that the reference is legitimate in order to ensure a uniform interpretation of the German legislation.

Judgment of the ECJ:

In its judgment on 26 March 2020, the ECJ confirmed the concerns of the Landgericht Saarbrücken and ruled that Article 10(2)(p) of the Consumer Credit Directive precludes a credit agreement (the information referred to in Article 10 of the Directive), to refer to a national provision which itself refers to other legislation of the Member State concerned.

According to Article 10(2)(p) of the Consumer Credit Directive, the creditor must indicate in the credit agreement "in a clear and concise manner" not only the period for exer-

cising the right of withdrawal but also “how the period for withdrawal is to be calculated”. The effectiveness of the right to withdraw would otherwise be seriously undermined.

Where such a series of references occurs, the consumer cannot determine, on the basis of the agreement, the extent of his or her contractual obligations, or check whether all the required information is included in the contract that he or she has entered into, or, a fortiori, determine whether the period open for withdrawal has started to run.

In this case, the ECJ holds that the reference in the agreement at issue to provisions of German law (see quote above) does not comply with the requirements that the consumer should be made aware, in a clear and concise manner, of the period within which the right to withdraw can be exercised and of the other conditions governing its exercise.

Case C-301/18: „Leonhard“

(Judgment of the Court of 4 June 2020)

On 4 June 2020, the European Court of Justice ruled in the preliminary ruling procedure *Leonhard vs DSL-Bank* on the question of the justification of a right to receive compensation for the benefit of use concerning the distance marketing of consumer financial services (2002/65/EC).

In 2005, the borrower Mr Leonard concluded two consumer loan agreements with DSL-Bank secured by mortgage in distance selling (as distance selling via financial services within the meaning of Section 312b of the German Civil Code). In 2015, the borrower declared to DSL-Bank that he was withdrawing from these loans and sued for a declaration of the effectiveness of its withdrawal and ordering DSL-Bank to pay compensation for the benefit of use in respect of the interest that Mr Leonard had paid to DSL-Bank prior to withdrawal.

The ECJ has ruled that a right to compensation for the benefit of use is incompatible with Article 7 of the Directive 2002/65 on the distance marketing of consumer financial services.

The ECJ followed from Article 7(4) of the Directive that the borrower may claim reimbursement of the principal and

interest paid in performance of the loan agreement, but not compensation for the benefit of use of those sums. The wording of Article 7(4) of Directive 2002/65 is unequivocal and imposes an obligation on the supplier to repay to the consumer all sums ‘received from him’, in accordance with the distance contract, and only those sums.

Neither Article 7(4) of Directive 2002/65 nor any other provision of that Directive imposes that the creditor is obliged to pay the consumer compensation for the benefit of use of the sums received by the supplier in performance of the contract. It follows in particular from Article 1(1) of Directive 2002/65 and recital 13 that the Directive brings about full harmonisation in that regard.

Case C-639/18: ECJ judgment on the absence of a right of withdrawal in case of distance marketing of financial services in relation to a follow-up interest rate agreement

(Judgment of the Court of 18 June 2020)

Referring to the request for a preliminary ruling by the European Court of Justice (ECJ) from a German court of on 7 September 2018, by judgment of 18 June 2020 (Case C-639/18), the ECJ confirms the German credit practice and rejects the right of withdrawal of the distance marketing according to the distance marketing Directive for financial services (Directive 2002/65/EC) for follow-up interest rate agreements.

In the case of follow-up interest rate agreements, where an existing loan agreement is amended (usually with the expiration of a fixed interest rate agreement) exclusively with regard to the agreed interest rate, this amendment cannot be categorised as a “contract relating to financial services” within the meaning of Article 2(a) of Directive 2002/65/EC.

According to the definition in Article 2(b) of that Directive, the term “financial service” means any service of a banking, credit, insurance, personal pension, investment, or payment nature. For credit agreements according to settled case-law of the Court of Justice, the granting of the sum loaned is the characteristic obligation, whereas the borrower’s obligation to repay that sum loan is merely the consequence of the lender’s performance.

It is also decisive that the first subparagraph of Article 1(2) of that Directive provides that in contracts relating to

financial services that require an “initial service arrangement” with subsequent operations, the provisions of this Directive shall apply only to the first agreement. Recital 17 states that the extension of an initial agreement to include new components is not an “operation” but a supplementary contract to which this Directive applies.

Against this background, the setting of a new interest rate by a follow-up interest agreement in fulfilment of a payment already provided for in the original contract renegotiation clause, according to which, in the event that a new interest agreement a variable interest rate should apply, is neither a transaction within the meaning of Article 1 (2) subparagraph 1 of Directive 2002/65 nor an extension of the initial agreement.

Moreover, Article 3 of the Directive provides that the consumer must be comprehensively informed, in particular, of the identity of the provider or the essential characteristics of the financial service, including the existence of or absence of a right of withdrawal. In the case of an amendment to the agreement, which only concerns the interest rate, informing the consumer on these aspects serves no purpose.

Joined Cases C-224/19 and C-259/19: Unfair terms in loan agreements concluded with consumers

(Judgment of the Court of 16 July 2020)

In references for a preliminary ruling from two Spanish courts, the Court of Justice of the European Union ruled on various questions and on the compliance of terms in consumer loan agreements with the provisions of the Unfair Contract Terms Directive (Directive 93/13/EEC). It also ruled, in this context, on the fundamental legality of a national limitation period for an action for repayment and on the illegality of requiring a consumer whose action is successful to bear costs of proceedings.

In the cases at hand, the borrowers had each concluded a mortgage loan agreement with a credit institution. Both agreements contained a clause which attributes to the borrower all the costs of creating, formalising or cancelling a mortgage. In Case C-224/19, the agreement additionally contained a clause stating that an arrangement fee, amounting to 1 percent of the loan amount, was payable upon conclusion of the agreement. In both cases, the borrowers brought an action for the clauses in question

to be declared invalid on grounds of unfairness and requested repayment of the amounts paid pursuant to those clauses. The competent courts stayed the proceedings and referred various questions to the Court of Justice.

In their first question, the referring courts asked whether Article 6(1) and Article 7(1) of the Directive on unfair terms in consumer contracts are to be interpreted as meaning that, in the case where an unfair contractual term requiring the consumer to pay the full costs of creating and cancelling a mortgage is void, they preclude the national court from refusing to refund to the consumer the amounts paid pursuant to that term.

The Court held that the national court is obliged in principle to declare a contractual term void for being unfair and this obligation creates a restitutory effect in respect of amounts unduly paid under that contractual term. To that extent, Article 6(1) and Article 7(1) generally preclude the national court from refusing to refund to the consumer the amounts paid pursuant to that term.

However, if provisions of national law exist that require the consumer to pay all or part of the costs of creating and cancelling a mortgage, those provisions may be applicable. To that extent, Article 6(1) and Article 7(1) of the Unfair Contract Terms Directive do not preclude the application of these provisions of national law.

In Case C-224/19, the referring court also asked whether Article 3, Article 4(2) and Article 5 of the Unfair Contract Terms Directive must be interpreted as precluding national case-law which establishes that it is not possible to assess the unfair nature of a clause requiring the consumer to pay an arrangement fee since such an arrangement fee must be regarded as forming part of the contract price pursuant to Article 4(2) of the Directive and thus automatically satisfies the transparency test under Article 4(2).

In this context, the referring court pointed out that Article 4(2) of the Unfair Contract Terms Directive has not been transposed into Spanish law, in accordance with the wishes of the legislature; however, the Court took the view that this was not relevant in answering the question.

In the first place, the Court made it clear that in any event, a contractual term may only be excluded from the assessment of the unfairness of contractual terms if, pursuant to Article 4(2) of the Unfair Contract Terms Directive, it

relates to the main subject matter of the contract or the adequacy of the price and the remuneration and, in addition, is drafted in plain, intelligible language. The ‘main subject matter of the contract’ must be understood as being those clauses that lay down the essential obligations of the contract and which, as such, characterise it. This is a matter for the referring court to verify; however, the Court pointed out that the fact that an arrangement fee is included in the total cost of a mortgage loan does not mean that it is an essential obligation of that loan.

In the second place, in any event, a court of a Member State is required at least to review the clarity and intelligibility of a contractual term pursuant to Article 5 of the Directive, even if that contractual term falls within the scope of Article 4(2) or that provision has not been transposed into the legal order of that Member State.

It follows, therefore, that Article 4(2) and Article 5 of the Unfair Contract Terms Directive preclude national provisions whereby a contractual term is deemed per se to be transparent without a requirement for assessment of its clarity and intelligibility.

The court also asked whether Article 3(1) of the Directive must be interpreted as meaning that a term in a loan agreement which requires the consumer to pay an arrangement fee may create, to the detriment of the consumer, a significant and unjustified imbalance in the rights and obligations of the parties as arising from that agreement, contrary to the requirement of good faith, where the financial institution does not demonstrate that that fee corresponds to services actually provided and to costs it has incurred.

The question of whether the requirement of good faith is satisfied must, in the view of the Court of Justice of the European Union, be assessed by the national court in the light of Recital 16 of the Directive. It must be verified, in this context, whether a term is individually negotiated and agreed with the consumer. Apart from that, the court must assess the possible unfairness of the contractual term with reference to the criteria specified in Article 4(1) of the Unfair Contract Terms Directive. It must borne in mind, in this context, that Spanish law requires fees or costs charged to the consumer to correspond to services actually provided and to costs incurred.

It follows, therefore, that a term in an agreement may create, to the detriment of the consumer, a significant

imbalance in the rights and obligations of the parties as arising from that agreement, contrary to the requirement of good faith, where the financial institution does not demonstrate that the arrangement fee corresponds to services actually provided and to costs it has incurred.

The court also asked whether Article 6(1) and Article 7(1) of the Directive preclude national provisions under which the bringing of an action for repayment, on the ground of the invalidity of a clause, of the amount paid is time-barred, even though an action for a declaration that a term is invalid on the ground that it is unfair is not subject to any limitation period under national legislation.

In that regard, the Court has already recognised that consumer protection is not absolute and that in the interests of legal certainty, it is compatible with EU law to lay down reasonable time-limits for bringing proceedings.

In that connection, it should be noted that in the absence of Community rules governing a specific matter, the detailed procedural rules for implementing the consumer protection provided for in Articles 6(1) and 7(1) of the Unfair Contract Terms Directive are a matter for the domestic legal order of each Member State, under the principle of procedural autonomy of the Member States, provided that they are not less favourable than those governing similar domestic situations (principle of equivalence) and that they do not render impossible in practice or excessively difficult the exercise of rights conferred by the Community legal order (principle of effectiveness).

It follows, therefore, that Union law must be interpreted as meaning that whereas no limitation period applies to the bringing of an action for a finding that a term in a loan agreement between a consumer and a financial institution is void for being unfair, it does not preclude a national provision under which the bringing of an action to enforce the restitutory effects of such a finding is subject to a limitation period, provided that it complies with the principles of equivalence and effectiveness.

Lastly, the Court asked whether Articles 6(1) and 7(1) of the Directive must be interpreted as meaning that they preclude a system whereby the consumer may be made to bear part of the costs of proceedings depending on the level of the unduly paid sums which are refunded to him following a finding that a contractual term is void for being unfair.

The Court held that the answer to this question is in the affirmative: a system whereby the consumer may be made to bear part of the costs of proceedings depending on the level of the unduly paid sums which are refunded to him creates a substantial obstacle that is likely to discourage consumers from exercising the right to an effective judicial review of the potential unfairness of contractual terms such as that conferred by the Directive.

Case C-686/19: Interpretation of the concept ‘total cost of the credit to the consumer’

(Judgment of the Court of 16 July 2020)

The Court has ruled that the concept of the ‘total cost of the credit to the consumer’, contained in Article 3(g) of the Consumer Credit Directive (Directive 2008/48/EC on credit agreements for consumers and repealing Council Directive 87/102/EEC), must be interpreted as meaning that that concept includes the costs for any extension of the credit, provided that the actual conditions for its possible extension form part of the terms and conditions agreed and those costs are known to the creditor.

In the case at hand, Latvia’s Consumer Rights Protection Centre imposed a fine on a credit institution which was offering consumers credit agreements in which the total daily cost did not comply with the national Consumer Protection Law in respect of extension of the duration of the credit. The Consumer Rights Protection Centre took the view that the total cost of credit included the charges for extending the credit, since the provisions on extending the credit formed part of the terms and conditions of the credit agreement. After the lower courts dismissed the credit institution’s action for annulment against the decision of the Consumer Rights Protection Centre, the credit institution lodged an appeal in cassation before Latvia’s Supreme Court. In the credit institution’s view, the cost of the extension cannot be included in the total cost of credit, because the fact of the extension is not known at the time the agreement is concluded, that is to say, at the time by reference to which the total cost of credit is determined and the annual percentage rate of charge is calculated.

The national court then stayed the proceedings and asked the Court of Justice whether the costs of extending the credit are included in the ‘total cost of the credit to the consumer’, as defined in Article 3(g) of the Consumer Credit Directive, if the clauses on any extension of the

credit form part of the terms and conditions of the credit agreement agreed by the borrower and the lender.

The Court held that the concept of the ‘total cost of the credit to the consumer’, as defined in Article 3(g) of the Consumer Credit Directive, means ‘*all the costs, including (...) any other kind of fees which the consumer is required to pay in connection with the credit agreement and which are known to the creditor*’ and that ‘*costs in respect of ancillary services relating to the credit agreement (...) are also included*’. The Union legislator has defined the concept ‘total cost of the credit to the consumer’ particularly broadly, such that it includes costs over the duration of the agreement and the breakdown thereof. It follows, therefore, that the concept includes the costs of granting the loan and the costs relating to its use over time. Furthermore, the contract must precisely state the conditions for the extension and the borrower must be informed of the costs of extension, i.e. the costs must be determined or determinable.

In response to the argument that the cost of the extension cannot be included in the ‘total cost of credit to the consumer’, because the fact of the extension is not known at the time the agreement is concluded, the Court held that the ‘total cost of the credit to the consumer’, as defined in Article 3(i) of the Consumer Credit Directive, corresponds to the annual percentage rate of charge. This is turn must, pursuant to Article 10(2)(g) of the Consumer Credit Directive, be specified at the time the credit agreement is concluded; all the assumptions used in order to calculate that rate must be mentioned.

Furthermore, the reference to various cases for the calculation of the annual percentage rate of charge enables fulfilment of the objective stated in Article 5(1) of the Consumer Credit Directive, which concerns the information that the consumer requires in order to compare different offers. It must be possible for the consumer to make this comparison, giving consideration to the annual percentage rate of charge for the various time periods stated in the offers made to him.

Lastly, it follows from the wording of Article 5(1)(i) and Article 10(2)(k) of the Consumer Credit Directive that those provisions include ‘*any other charges deriving from the credit agreement and the conditions under which those charges may be changed*’.



2020: the Year in Review

January

01.01.2020

Council Presidency

Croatia takes over the Presidency of the Council of the European Union.

22.01.2020

European Banking Authority

The EBA convenes the new Advisory Committee on Proportionality to advise the Board of Supervisors. The advisory committee will focus on how actions and measures by the EBA should take account of the specific differences that exist in the banking sector in terms of the nature, scope and complexity of risks, business models and practices and the size of financial institutions.

23.01.2020

Sustainable finance

The members of the Economic and Monetary Affairs, as well as environment Committee agree on the trilogue agreement on the Taxonomy Regulation.

29.01.2020

European Commission Work Programme for 2020

The European Commission publishes its work programme for 2020 in which climate and digital transition are addressed as priorities. The associated challenges should be used as opportunities for the EU while attention should particularly be paid to a fair transition.

February

01.02.2020

European Parliament

The number and distribution of seats in the European Parliament will change due to the United Kingdom leaving the EU. The number of seats will drop from 751 (the maximum allowed by the EU Treaty) to 705. Of the UK's 73 seats, 27 have been reallocated to some of the Member States. The remaining 46 will be put in reserve for future EU enlargements.

11.02.2020

European Parliament

The annual report of the European Central Bank is presented in plenary in the presence of ECB President Lagarde. In her speech, Ms Lagarde stressed that environmental risks will play a role in the work of the ECB. This also includes investigating whether and how the European banking market is coping with

climate change. In addition, she reaffirms the ambition to achieve a complete Banking Union supported by a European Deposit Insurance System. In addition, she aims at a better communication with the public and to organize similar dialogues in a manner like that of the European Commissioners who conduct citizens' dialogues.

20.02.2020 **European Council**

The Heads of States and Governments come together in Brussels to negotiate about the Multiannual Financial Framework (MFF).

26.02.2020 **Non-financial reporting**

The European Commission publishes a consultation on the review of the Non-Financial Reporting Directive (NFRD).

March

23.03.2020 **ECOFIN Meeting**

The EU-Finance Ministers hold an exchange regarding the impact of the Corona crisis per videocall. The Finance Ministers of the EU Member States agree with the European Commission's assessment in its Communication of 20 March 2020 that the conditions for the application of the general escape clause of the EU fiscal framework are met.

26.03.2020 **European Council**

The members of the European Council meet via video conference. Contrary to the expectations, there was no agreement on the use of the European Stability Mechanism (ESM). Instead, in its joint statement, the European Council invited the Eurogroup to present proposals within two weeks.

European Parliament

The European Parliament also holds an extraordinary meeting. The President of the European Commission, Ursula von der Leyen, addresses in her speech the current problems the EU is facing. She reiterates the Commission's determination to help the Member States to overcome the Corona-crisis. She also criticises the fact that the Member States are taking individual measures instead of a common EU approach. The European Parliament adopts the proposal of the Corona Response Investment Initiative to tackle the Corona-crisis. This €37 billion initiative aims to use available EU funds to support Member States' healthcare systems and cushion the impact of the economic downturn.

30.03.2020 **Basel committee**

The Basel Committee on Banking Supervision (BCBS) has decided to extend the implementation deadline for the implementation of the final Basel III framework by one year to 1 January 2023.

April

02.04.2020 **European Banking Authority**

The EBA publishes guidelines how to deal with legislative and non-legislative moratoria on loan repayments in the wake of the corona pandemic. In doing so, it presents a catalog of criteria that lists the requirements that payment moratoria must meet in detail so that they do not trigger any forbearance measures or non-performing restructuring.

06.04.2020 **Financial Transaction Tax (FTT)**

German Finance Minister, Olaf Scholz, informs the European Commissioner for Economy, Paolo Gentiloni, regarding some progress on the negotiations on the implementation of a FTT.

08.04.2020 **Sustainable finance**

The European Commission publishes a consultation on a new sustainable finance strategy which should be published in the fourth Quarter of 2020.

23.04.2020 **European Council**

In their fourth videoconference since the outbreak of the corona pandemic, the Heads of State and Government endorsed three projects to combat the crisis totalling EUR 540 billion (EUR 100 billion credit support for national short-time working schemes “SURE”; EUR 200 billion new credit lines from the European Investment Bank to support businesses; EUR 240 billion from the euro bailout scheme ESM to support national health systems and to cover other medical expenses directly caused by the corona pandemic). The Regulation on disclosures relating to sustainable investments and sustainability risks (Regulation (EU) 2019/2088) is adopted by the European Parliament at its plenary session.

28.04.2020 **Targeted adjustments to CRR and CRR II in response to the coronavirus pandemic (CRR quickfix)**

The European Commission published a proposal for a Regulation containing targeted adjustments to Regulations (EU) No 575/2013 (CRR) and (EU) 2019/876 (CRR II) in response to the coronavirus pandemic. The adjustments relate to the following fields, among others: the treatment of publicly guaranteed loans, the calculation of the leverage ratio, transitional arrangements for the use of accounting standard IFRS 9 and bringing forward the application of certain CRR II regulations, such as, for example, the revised SME supporting factor.

May

08.05.2020 **Anti-money laundering**

The European Commission publishes an action plan on anti-money laundering. The action plan does not yet specify whether the European Commission plans a separate authority for the fight against money laundering or whether the EBA should receive more competences and personnel.

11.05.2020 **European Green Deal**

The European Commission publishes a roadmap for an initiative for a European wide renovation wave with the title “A Renovation Wave initiative for public and private buildings”.

-
- 13.05.2020** **European Parliament**
The President of the European Commission, Ursula von der Leyen, confirms in the European Parliament again that the new MFF in the first years should primarily be used for the recovery of the European economy.
-
- 18.05.2020** **CRR quickfix**
Members of the Economic and Monetary Affairs Committee within the European Parliament discussed the Commission's proposal.
-
- 22.05.2020** **Sustainable finance**
The ECB publishes a consultation for an ECB guide on climate-related and environmental risks. In its guide the ECB specifies how it expects banks to manage climate-related and environmental risks and disclose such risks transparently under the current prudential framework safely and prudently.
-
- 27.05.2020** **European Commission Work Programme for 2020**
The European Commission presents its, due to Covid-19, newly amended work programme for 2020.
-
- 29.05.2020** **Loan origination and monitoring**
The EBA publishes guidelines on loan origination and monitoring. With the guidelines, the EBA is now for the first time also proposing requirements for providers of consumer credit under the Consumer Credit Directive (CCD), particularly in the area of creditworthiness assessments.

June

-
- 17.06.2020** **Sustainable finance**
Members of the European Parliament adopt the Taxonomy Regulation in plenary.
-
- 18.06.2020** **CRR quickfix**
Member of the European Parliament adopt the amendments to the CRR and CRR II "CRR quickfix" in plenary.
- European Parliament**
Members of the European Parliament vote in favour of establishing a permanent subcommittee on tax matters.
-
- 22.06.2020** **Sustainable finance**
The Taxonomy Regulation is published in the Official Journal of the European Union.
-
- 23.06.2020** **Collective Redress**
The members of the European Parliament and the representatives of the EU member states agree in the trialogue negotiations on a common position on collective redress.

30.06.2020

Consumer protection

The European Commission publishes a consultation on the new European Consumer Agenda.

CRR quickfix

The amendments to CRR and CRR II (CRR quickfix) are published in the Official Journal of the European Union.

July

01.07.2020

Council Presidency

Germany takes over the Presidency of the Council of the European Union.

08.07.2020

European Banking Authority

Members of the European Parliament vote for Francois-Louis Michaud to become the new executive Director of the EBA.

17.-21.07.2020

European Council

The Heads of States and Governments agree on the MFR and the Next Generation EU which is dedicated on the economic recovery of the EU.

23.07.2020

European Parliament

In the special plenary session, the MEPs discuss the agreement reached at the EU summit from 17.-21. July on the MRF for 2021-2027 and the Corona development plan and voted on a resolution at the end of the debate.

August

12.08.2020

European Banking Authority

The EBA publishes guidance on the impact of CRR adjustments in response to the Covid-19 pandemic on regulatory reporting and disclosure.

September

02.09.2020 **European Parliament: exchange with Olaf Scholz**

Olaf Scholz spoke in his role as Chairman of the Council for Economic and Financial Affairs (ECOFIN). According to Scholz, the fiscal integration of the EU should be promoted. Progress in the banking union and capital markets union is also necessary to strengthen the competitiveness of the real economy. The discussion on Basel III also needs to be deepened. After all, an efficient supervisory structure is needed to successfully combat money laundering offenses. Scholz supports a strengthening of the European supervisory competences.

10.09.2020 **Anti-money laundering**

As part of its work on the EU-wide fight against money laundering, the European Commission has asked the European Banking Authority for a so-called “call for advice”. The focus of the cfa is how the EU legal framework for combating money laundering should be strengthened in order to eliminate weaknesses in connection with different national approaches and gaps.

16.09.2020 **State of the Union Speech by Commission President Ursula von der Leyen**

Ursula von der Leyen delivers her first “State of the Union” speech in the European Parliament. Von der Leyen explains her ambitions for the coming 12 months. To strengthen the Economic and Monetary Union, structural reforms, and the completion of the Capital Markets Union (CMU) and the Banking Union are necessary. Von der Leyen briefly mentions the CMU without going into detail on the Banking Union or EDIS. The Commission President sets the goal of reducing greenhouse gas emissions by at least 55 percent by 2030 compared to the reference value from 1990. This would put the EU in a position to achieve both the Paris climate agreement and the self-imposed goal of a CO₂-neutral continent by 2050. To this end, von der Leyen announces that the Commission will review all EU laws relating to climate requirements for their suitability by the summer of next year. In addition, 37 percent of the planned recovery plan, NEXT GENERATION EU, must be spent on investments that are directly related to the goals of the Green Deal. Further, 30 percent of the refinancing of the recovery plan should take place via green bonds. A reference framework for green bonds should also be created. Ursula von der Leyen also emphasises the role of the building sector, which accounts for 40 percent of CO₂ emissions. The recovery plan is intended to give the so-called renovation wave momentum.

24.09.2020 **Capital Markets Union**

The European Commission publishes an Action Plan on the Capital Markets Union. The action plan is based on a report by the high-level expert group, contains 16 points and deals, i.a., with the financial literacy of EU citizens. Here the European Commission points out that Europe has one of the highest individual savings rates in the world, but the participation of private investors in the capital markets is still very low compared to other economies. This is to be changed, for example, through the possible introduction of compulsory learning measures, especially with regard to responsible investing. Furthermore, besides the financial education of the citizens, the trust of the citizens in the capital market is to be strengthened. The European Commission also sees an integrated European capital market as an opportunity to supplement citizens’ old-age provision with products such as the “Pan-European Private Pension Product” (PEPP).

Digital finance

The European Commission publishes a strategy on digital finance. The Commission stated that the introduction of digital finance would unleash European innovation and create opportunities to develop better financial products for consumers. A boost in digital finance would therefore support the strategy of European recovery and economic change. It is also intended to create new channels for mobilizing funds to support the Green Deal.

30.09.2020**EBA conference on financial literacy**

Marcel Haag (Director Horizontal Policies, European Commission) explains that little would be possible at EU level ("limited powers") to promote digital financial education. It would only be possible, for example, as in the MCD, to encourage the member states to promote financial education.

October

02.10.2020**European Parliament – Hearing with designated Commissioner McGuinness**

Mairead McGuinness commits to the implementation of Basel III, whereby European characteristics must be taken into account and the principle of proportionality must be observed. She wants to give the negotiations on EDIS new political momentum.

07.10.2020**European Parliament – Confirmation of Commissioner McGuinness Mairead**

McGuinness is elected Commissioner for Financial Markets by the Members of the European Parliament.

08.10.2020**Annual SRB Conference**

John Berrigan, Director General DG FISMA, emphasizes that the state support measures in the context of the corona pandemic must continue. The recovery must contain digital and "green" elements, said Berrigan. Isabell Schnabel, member of the Executive Board of the ECB, explains that the financial markets have so far reacted relatively well to the corona pandemic. The interaction between fiscal and monetary policy to combat the economic effects of the corona pandemic worked well. According to Schnabel, the Commission's CMU action plan must be even more ambitious if it is to make a difference.

12.10.2020**European Parliament- Exchange with Jose Manuel Campa**

Jose Manuel Campa reports in his role as Chairman of the Joint Committee of the ESAs (EBA, ESA, EIOPA). The work of the joint committee last year focused on consumer protection (PRIIPS KID), sustainable finance (ESG Disclosures) and the fight against money laundering. In his role as Chairman of the EBA, Campa describes the banking landscape as stable in the first half of 2020 – despite the corona pandemic. Looking ahead, the EBA bank stress test 2021 would play a crucial role in further assessing the resilience of credit institutions.

14.10.2020 **Initiative for a European wide renovation wave**

The renovation wave is intended to increase the low rates for energy-efficient renovations and thereby make a significant contribution to the green recovery of the EU. It is therefore an important pillar of the European Green Deal. According to the European Commission, the renovation wave should also be an opportunity to promote the development of green credit and mortgage finance. The reviews of the Mortgage Credit Directive and the Consumer Credit Directive offer the first opportunities to adequately take into account the possibly lower credit risk of sustainable financial products.

21.10.2020 **ECB listens event**

Christine Lagarde explains, among other things, that combating climate change is also a priority for the ECB and that the ECB is analysing internally how this can be integrated into the ECB's monetary policy. In addition, she underlines the importance of the taxonomy in the fight against climate change in order to get a clear view of sustainable investments. She also supports the ECB's decision to allow bonds linked to sustainability goals as collateral.

26.10.2020 **Consultation for an initiative on sustainable corporate governance**

The European Commission explains that sustainability in corporate governance encompasses encouraging businesses to consider environmental (including climate, biodiversity), social, human and economic impact in their business decisions, and to focus on long-term sustainable value creation rather than short-term financial value. Competitive sustainability will contribute to the Covid-19 recovery and to the long-term resilience and development of companies. The consultation should help at developing an initiative and complement the review of the Non-Financial Reporting Directive (NFRD). Whilst the NFRD is based on incentives "to report", the sustainable corporate governance initiative aims to introduce duties "to do".

27.10.2020 **European Parliament- Exchange with Andrea Enria, Chairman of the supervisory Council of the ECB**

Andrea Enria explains that the ECB has not yet been able to determine a corona-related increase in NPL ratios for systemically important banks in the euro zone. In Q2/2020 the value was 2.9 percent. However, once various support measures, such as the payment moratoria, have expired, an increase in the NPL is to be expected. Therefore, Enria supports the work of the European Commission to create secondary markets for NPLs. In addition, securitisations could "play a role" in this area. In order to better measure climate-related risks, the ECB held a consultation in September 2020 on draft guide on climate risks. Starting in 2021, the ECB plans to conduct a supervisory dialogue with credit institutions based on this guide. The business practices of the institutions are to be compared with the regulatory expectations set out in the guide.

31.10.2020 **EU Ecolabel**

The Joint Research Centre-JRC of the European Commission publishes the third draft on the EU Ecolabel for financial products.

November

09.11.2020 **European Parliament**

The changes regarding securitisations have been adopted by Members of the European Parliament, also the Rapporteurs received the mandate to start triologue negotiations with the Council of the European Union.

20.11.2020 **European Parliament: Economic dialogue with Christine Lagarde**

In her opening statement, Lagarde describes the monetary and fiscal measures taken to date in the euro zone to mitigate the effects of the corona pandemic as very effective. The reaction of the ECB to the first corona wave in spring 2020 was very quick; the current second wave would require the same approach and determination.

24.11.2020 **Collective Redress**

The plenary of the European Parliament officials confirms the political agreement with the Council of the European Union on collective redress.

27.11.2020 **European Commission**

The European Commission published a draft delegated act on the Taxonomy Regulation ((EU)2020/852).

European Central Bank

The ECB publishes the final guide on climate-related and environmental risks.

December

07.12.2020 **European Parliament- Economic dialogue with EVP Dombrovskis**

With reference to the economic policy recommendations, Dombrovskis outlines that the “escape clause” of the Stability and Growth Pact will also apply in 2021. In addition, the flow of credit from banks to the real economy would have to be ensured, while at the same time making sure that the banks’ balance sheets did not get into trouble. In addition, work on the Banking Union and the Capital Markets Union would have to move forward. When assessing the budgets of the individual Member States, the European Commission was of the general opinion that, due to rising debt levels, all aid measures should be proportional and limited in time. In particular, Belgium, France, Greece, Italy, Portugal, and Spain need to exercise particular caution due to their high national debt and debt sustainability challenges, said Dombrovskis.

10.12.2020 **European Council**

The European Council confirms the new climate goals and with this a 55 percent reduction of greenhouse gases by 2030.

16.12.2020 **NPLs**

The European Commission publishes an action plan on NPLs. The action plan builds on the Council conclusions from 2017 and does not include any concrete legislative proposals.

24.12.2020 **Brexit**

The EU and the UK agree on a Trade and Cooperation Agreement. The agreement covers trade in goods and services as well as a wide range of other areas in the EU interest such as investment, competition, state aid, tax transparency, air and road transport, energy and sustainability, fisheries, data protection and social security coordination.

29.12.2020 **Brexit**

The Council adopted in writing the decision on the signing of the EU-UK Trade and Cooperation Agreement and its provisional application from 1 January 2021.

31.12.2020 **Brexit**

The Trade and Cooperation Agreement between the EU and Great Britain is published in the Official Journal of the European Union.

Personalia der Vereinigung/Officers of the Federation



Ing. Jan Jeníček
(Tschechische Republik/Czech Republic)
Präsident/President



Uwe Körbi
(Deutschland/Germany)
Erster Vizepräsident/First Vice-President



Prof. Dr. Andreas Grünbichler
(Österreich/Austria)
Zweiter Vizepräsident/Second Vice-President



Christian König
(Deutschland/Germany)
Geschäftsführender Direktor/Managing Director

Personalia der Ausschüsse/Officers of the Committees

**Rechtsausschuss/
Legal Affairs Committee**
Uwe Körbi
(Deutschland/Germany)
Vorsitzender/Chairman

**Ausschuss für Wohnungspolitik
und Marketing/
Housing Policy and Marketing
Committee**
Mag. Hans-Christian Vallant
(Österreich/Austria)
Vorsitzender/Chairman

**Finanzausschuss/
Financial Affairs Committee**
Rainer Kaschel
(Ungarn/Hungary)
Vorsitzender/Chairman

Anhang/Appendix

Dezember/December 2020

Verzeichnis der Mitglieder der Europäischen Bausparkassenvereinigung/ List of Members of the European Federation of Building Societies

★ ordentliches Mitglied/participating member

★ korrespondierendes Mitglied/corresponding member

DEUTSCHLAND/GERMANY

- ★ Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen
- ★ LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover
- ★ LBS Hessen-Thüringen
- ★ LBS Landesbausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG
- ★ LBS Bayerische Landesbausparkasse
- ★ LBS Westdeutsche Landesbausparkasse
- ★ LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG
- ★ LBS Landesbausparkasse Saar
- ★ LBS Landesbausparkasse Südwest
- ★ Verband der Privaten Bausparkassen e.V.
- ★ ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
- ★ Bausparkasse Mainz AG
- ★ Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
- ★ BHW Bausparkasse AG
- ★ BSQ Bauspar AG
- ★ Debeka Bausparkasse AG
- ★ Deutsche Bausparkasse Badenia AG
- ★ start:bausparkasse AG
- ★ SIGNAL IDUNA Bauspar AG
- ★ Wüstenrot Bausparkasse AG

BELGIEN

- ★ International Union for Housing Finance

KASACHSTAN

- ★ JSC „Otbasy bank” house construction savings bank

KROATIEN/CROATIA

- ★ Wüstenrot stambena štedionica d.d.

LUXEMBURG

- ★ BHW Bausparkasse AG Niederlassung Luxemburg
- ★ Bausparkasse Schwäbisch Hall AG – Niederlassung Luxemburg

- ★ Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement
- ★ Wüstenrot – Bausparkasse AG Niederlassung Luxemburg

ÖSTERREICH/AUSTRIA

- ★ Bausparkasse der österreichischen Sparkassen AG
- ★ Bausparkasse Wüstenrot AG
- ★ Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft mbH
- ★ start:bausparkasse AG

RUMÄNIEN/ROMANIA

- ★ BCR Banca pentru Locuinte S.A.
- ★ Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A.

SLOWAKISCHE REPUBLIK/SLOVAK REPUBLIC

- ★ Prvá stavebná sporiteľňa, a.s.
- ★ Wüstenrot stavebná sporiteľňa, a.s.
- ★ ČSOB stavebná sporiteľňa a.s.

SLOWENIEN/SLOVENIA

- ★ Stanovanjski sklad Republike Slovenije, javni sklad

TSCHECHISCHE REPUBLIK/CZECH REPUBLIC

- ★ Ceskomoravská stavební spořitelna, a.s.
- ★ Modra Pyramida stavební spořitelna, a.s.
- ★ Raiffeisen stavební spořitelna, a.s.
- ★ Stavební spořitelna České spořitelny, a.s.
- ★ MONETA Stavební Spořitelna

UNGARN/HUNGARY

- ★ Erste Lakástakarék Zrt.
- ★ Fundamenta-Lakássza Bausparkasse AG
- ★ Hungarian Banking Association

ZYPERN/CYPRUS

- ★ Housing Finance Corporation

Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV)/ The European Federation of Building Societies (EFBS)

Die Europäische Bausparkassenvereinigung, die am 29. August 1962 gegründet wurde, ist ein Zusammenschluss von Kreditinstituten und Einrichtungen, die die Finanzierung von Wohneigentum fördern und unterstützen.

Sie verfolgt den Zweck, in einem politisch und wirtschaftlich zusammenwachsenden Europa den Gedanken des Erwerbs von Wohneigentum zu fördern, die Interessen der Mitglieder gegenüber den Institutionen der Europäischen Union wahrzunehmen, die Mitglieder über den Fortgang der europäischen Einigung und die dazu von den Institutionen der Europäischen Union ergriffenen Maßnahmen zu informieren und den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch der Mitglieder untereinander auf den Gebieten der Wohnungsfinanzierung und der Wohnungspolitik zu unterstützen und zu intensivieren.

Die Bausparkassen leisten in weiten Teilen Europas und außerhalb einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum.

The European Federation of Building Societies, which was founded on 29 August 1962, is an association of credit and other institutions promoting and supporting the financing of home ownership.

Its aim is to promote the idea of home ownership in a politically and economically converging Europe, to look after the interests of its members in relation to the European Union institutions, to inform its members about progress in European unification and the measures taken to this end by the European Union institutions and to support and intensify mutual exchange of information and experience among its members in the fields of housing finance and housing policy.

The Bausparkassen make a key contribution in large parts of Europe and beyond to the financing of the construction, purchase or modernisation of owner-occupied housing.

Impressum

Herausgeber:

Europäische Bausparkassenvereinigung

Rue Montoyer 25

1000 Brüssel, Belgien

Tel.: +32 2 231 03 71

Fax: +32 3 230 82 45

e-mail: info@efbs-bausparkassen.org

www.efbs.org

Imprint

Editor:

European Federation of Building Societies

Rue Montoyer 25

1000 Brussels, Belgium

Tel.: +32 2 231 03 71

Fax: +32 3 230 82 45

e-mail: info@efbs-bausparkassen.org

www.efbs.org



Europäische Bausparkassenvereinigung
European Federation of Building Societies

Rue Montoyer 25
B-1000 Bruxelles
Tel. 0032 (0)2 – 2310371
Fax 0032 (0)2 – 2308245
e-mail: info@efbs-bausparkassen.org
www.efbs.org